

# **Die Wolgadeutschen während der Revolution und des Bürgerkriegs (1917–1921)**

von Arkadij A. German

## **Einleitung**

Die Vorfahren der im Wolgagebiet lebenden deutschen Bauern kamen größtenteils in den 1760er Jahren im Rahmen der von den russischen Zaren und insbesondere Katharina II. betriebenen Anwerbungspolitik nach Saratov, deren Ziel darin bestand, die dünn besiedelten Randgebiete des Russischen Reichs zu erschließen. Auch wenn sich die Wolgadeutschen an die in Russland herrschenden Bedingungen anpassten, bewahrten sie doch ihre hergebrachte Mentalität, die in einer tiefen Religiosität und strengen Befolgung der christlichen Gebote, in beispiellosem Fleiß, in Ordnungsliebe, Disziplin und Strebsamkeit sowie in einem ausgeprägten Gefühl der Verantwortung für den eigenen Besitz und der Achtung vor fremdem Besitz Ausdruck fand. Bürger dieser Art wurden in der von Kollektivgeist und Gleichheitsgedanken geprägten russischen Gesellschaft geradezu zwangsläufig als Fremdkörper wahrgenommen, sodass den in Russland lebenden Deutschen immer eine ambivalente Haltung entgegengebracht wurde, die von Respekt und Bewunderung bis hin zu Feindschaft und Hass reichen konnte.

Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Beziehungen zum nach der Reichsgründung erstarkten Deutschland reagierten die nationalistisch gestimmten Kreise der russischen Gesellschaft Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend gereizt auf alle Erscheinungsformen der Mentalität der Russlanddeutschen, was deren Lage in Russland spürbar erschwerte. Auf dem Höhepunkt des in den Jahren des Ersten Weltkriegs entfesselten großrussischen Chauvinismus sahen sich die Deutschen schließlich unmittelbaren Verfolgungen ausgesetzt. Der Staat duldete den „Kampf gegen die deutsche Dominanz“ und trat oft genug selbst als dessen treibende Kraft in Erscheinung.<sup>1</sup>

Nach dem Sturz der Autokratie gründeten die Wolgadeutschen 1917 auf der Welle der in Russland einsetzenden allgemeinen Demokratisierungsprozesse ihre eigene Autonomiebewegung, deren in der „Partei der Wolgadeutschen“ zusammengeschlossene Anhänger sich für die Abschaffung der gegen die Russlanddeutschen gerichteten Diskriminierungsmaßnahmen, die Möglichkeit einer ungehinderten national-kulturellen Entwicklung und eine lokale Selbstverwaltung, also für eine nationale Kulturautonomie einsetzten. Anerkannte Führer dieser Partei waren die im Wolgagebiet bekannten und unter den deutschen Bauern über große Autorität verfügenden Unternehmer, Geistlichen und Intellektuellen Friedrich Schmidt [Šmidt], Johann Schleuning [I. Šlejning], Karl Justus, Heinrich Schellhorn [G. Šel'gorn], Alexander Bier [Bir], Jakob Schmidt [Šmidt] u.a.<sup>2</sup>

1 Siehe ausführlicher: Victor Dönninghaus: Revolucija, reforma i vojna. Nemcy Povolž'ja v period zakata Rossijskoj imperii [Revolution, Reform und Krieg. Die Deutschen an der Wolga im ausgehenden Zarenreich], Saratov 2008, S. 154-200; Istorija rossijskich nemcev v dokumentach [Geschichte der Russlanddeutschen in Dokumenten], Moskva 1993, S. 36-54.

2 Siehe ausführlicher: Arkadij A. German: Istorija Respubliki nemcev Povolž'ja v sobytijach, fak-

Generell wurden die deutschen Kolonien nur in geringem Maße von den revolutionären Leidenschaften des Jahres 1917 ergriffen und blieben ein Hort relativer Stabilität und traditioneller Lebensformen. Der nahezu zeitgleich mit der Partei der „Wolgadeutschen“ gegründete klassenkämpferisch orientierte Bund der Deutschen Sozialisten des Wolgagebiets übte keinen nennenswerten Einfluss auf die soziale und politische Lage in den Kolonien aus und verfügte lediglich unter den in Saratov und Katharinenstadt lebenden deutschen Arbeitern und einem kleinen Teil der Intelligenz über einen gewissen Einfluss.<sup>3</sup>

### 1. Historiografischer Überblick

Einzelne Aspekte der Geschichte der im Wolgagebiet ansässigen deutschen Bevölkerung zur Zeit der Revolution und ihrer Beziehungen zur Sowjetmacht waren Gegenstand der Arbeiten von Johannes Schleuning, Gerhard Bonwetsch, Peter Scheibert, Matthias Hagin und Alfred Eisfeld.<sup>4</sup>

Die erste größere den Wolgadeutschen gewidmete zeitgenössische Forschungsarbeit, die den gesamten Zeitraum der russischen Wirren der Jahre 1917–1922 abdeckte, war die 1992 erschienene, vom Autor des vorliegenden Artikels verfasste Monografie.<sup>5</sup> Bei seiner Beschreibung der ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Aspekte des Lebens der Wolgadeutschen in den ersten Jahren der Sowjetmacht schenkte der Autor dem Verhältnis zwischen Sowjetstaat und deutschen Bauern besondere Aufmerksamkeit und zeigte erstmals auf, in welchem Maße dieses durch die von den Bolschewiki betriebene Politik des „Kriegskommunismus“ belastet wurde. Auch in seinen späteren Arbeiten widmete sich der Autor immer wieder der Geschichte der Wolgadeutschen zur Zeit der Revolution und des Bürgerkriegs.<sup>6</sup>

1999 erschien die der Geschichte der Wolgarepublik gewidmete Monografie Valentina G. Čebotarevas,<sup>7</sup> deren sich auf die gesamte 23-jährige Geschichte der deutschen Autonomie erstreckender Untersuchungszeitraum und Fokussierung auf die staatliche Politik der Autorin

tach, dokumentach [Die Geschichte der Republik der Wolgadeutschen in Ereignissen, Fakten und Dokumenten], Moskva 1996, S. 36 f.

3 Vgl. Arkadij A. German: Nemeckaja avtonomija na Volge. 1918–1941. Čast' 1: Avtonomnaja oblast'. 1918–1924 [Die Deutsche Autonomie an der Wolga. 1918–1941. Teil 1: Das Autonome Gebiet. 1918–1924], Saratov 1992, S. 13 f. Katharinenstadt [Ekaterinenstadt] war die größte der an der Wolga gelegenen deutschen Kolonien (1914–1917 – Ekaterinograd, 1919–1942 – Marxstadt, seit 1942 – Marx).

4 Vgl. Johannes Schleuning: Die deutschen Kolonien im Wolgagebiet, Berlin 1919; Gerhard Bonwetsch: Geschichte der deutschen Kolonien an der Wolga, Stuttgart 1919; Peter Scheibert: Deutsche Kolonien an der Wolga in den Jahren der Revolution, 1918–1921, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 25 (1978), S. 308–318; Matthias Hagin: Die Hungersnot in den wolgadeutschen Kolonien von 1920 bis 1924 und die Hilfsleistungen der wolgadeutschen Vereinigungen und anderer Organisationen in Deutschland und Amerika, in: Heimatbuch der Deutschen aus Russland 1973–1981, Stuttgart 1981, S. 56–95; Alfred Eisfeld: Deutsche Kolonien an der Wolga 1917–1919 und das Deutsche Reich, Wiesbaden 1985.

5 Vgl. German, Nemeckaja avtonomija na Volge (wie Anm. 3).

6 Vgl. Arkadij A. German: Bol'shevistskaja vlast' i nemeckaja avtonomija na Volge [Die bolschewistische Macht und die deutsche Autonomie an der Wolga], Saratov 2004 u.a.

7 Vgl. Valentina G. Čebotareva: Gosudarstvennaja nacional'naja politika v Respublike nemcev Po-

allerdings nur wenig Raum ließen, auf das Leben der im Wolgagebiet siedelnden deutschen Bauern in den Jahren des Bürgerkriegs einzugehen. Dennoch konnte die Autorin erstmals den Prozess der 1917/18 in den deutschen Dörfern erfolgenden Vergemeinschaftung des Bodens und die Reaktionen der bäuerlichen Massen nachzeichnen, was zweifellos einen Erfolg darstellt, auch wenn die sich durch die gesamte Arbeit ziehende Apologie der bolschewistischen Macht sowie der Versuch, die gegenüber der deutschen Bevölkerung vollzogenen Repressionen zu rechtfertigen, die Arbeit Čebotarevas in die Nähe der gängigen Muster der dem „Kriegskommunismus“ gewidmeten sowjetischen Geschichtsschreibung rückt.

Einzelne Aspekte der von uns behandelten Themenkomplexe (Bauernaufstände, Hunger, Hungerhilfeorganisation usw.) waren Gegenstand der Arbeiten von James Long, Oleg Vins und Michail V. Kuznecov,<sup>8</sup> die allerdings zahlreichen brisanten Aspekten der untersuchten Zeit und Region wie z.B. der Organisation und Durchführung der Getreidebeschaffungspolitik, den dabei zum Einsatz kommenden terroristischen Methoden, der Reaktion der Bevölkerung auf diese Politik, den bäuerlichen Massenaufständen, dem im Frühjahr 1921 ausgebrochenen Bauernkrieg und dessen Niederschlagung, dem Bandenwesen der Jahre 1921/22, dem aufziehenden Hunger oder den Beziehungen zwischen sowjetischer und ausländischer Hungerhilfe kaum Beachtung schenken.

Im vorliegenden Artikel unternimmt der Autor, gestützt auf seine früheren wissenschaftlichen Forschungsergebnisse, den Versuch, das Leben der Wolgadeutschen in den Jahren der „Großen Wirren“ in Russland (1917–1921) umfassend nachzuzeichnen.

## 2. Nach der Oktoberrevolution: Gründe für die Bildung der territorialen Autonomie

Dass die in der Saratover Wolgaregion ansässige bäuerliche Bevölkerung in den ersten Monaten nach der Oktoberrevolution massenhaft zum Opfer von Gewaltakten wurde, mussten sogar die Führer der örtlichen Sowjetorgane eingestehen. So hieß es z.B. in einem Befehl des Rats der Volkskommissare der im Gouvernement Samara gelegenen „Sozialistischen Arbeitskommune des Bezirks Nikolaevsk“ vom 8. Mai 1918, dass sich „Parasiten der Werktätigen“ und „kriminelle Elemente“ in die Reihen der Roten Armee, der Roten Garde und sogar einzelner Sowjets eingeschlichen hätten:

- volž'ja (1918–1941 gg.) [Die staatliche Nationalitätenpolitik in der Republik der Wolgadeutschen (1918–1941)], Moskva 1999.
- 8 Džejs Long [James Long]: Povolžskie nemcy i golod načala 20-ch gg. [Die Wolgadeutschen und der Hunger Anfang der 20er Jahre], in: Istorija Rossii. Dialog rossijskich i amerikanskich istorikov [Geschichte Russlands. Ein Dialog russischer und amerikanischer Historiker], Saratov 1994; Oleg Vins: Smertnost' naselenija AO NP ot goloda v 1921–1922 gg. [Die Hungertoten der Jahre 1921–1922 im Autonomen Gebiet der Wolgadeutschen], in: Kul'tura russkich i nemcev v povolžskom regione [Die Kultur der Russen und Deutschen in der Wolgaregion], Saratov 1993, S. 62–68; ders.: Pomošč' inostrannyh organizacij golodajuščim avtonomnoj oblasti nemcev Povolž'ja v 1921–1922 gg. [Die Hungerhilfe ausländischer Organisationen im Autonomen Gebiet der Wolgadeutschen], ebenda, S. 69–71; Michail V. Kuznecov: Bor'ba s banditizmom v Saratovskom Povolž'e v 1921 godu [Die Bekämpfung des Bandeswesens im Saratover Wolgagebiet im Jahr 1921], in: Voenno-istoričeskie issledovanija v Povolž'e [Militärhistorische Forschungen in der Wolgaregion], Saratov 2003, S. 238–289.

„Überall im Bezirk passiert [...] infolge des Eindringens der genannten Elemente in die Reihen der Roten Armee und der Roten Garde Unvorstellbares, von allen Seiten gehen Beschwerden ein, die bei der Überprüfung in vollem Umfang bestätigt werden, dass einige Rotarmisten, Rotgardisten und sogar Vertreter der Deputiertensovjets gegen Bürger gerichtete Gewalt- und Willkürakte verüben, diese auspeitschen, Prügelorgien vollziehen, Waffen missbräuchlich einsetzen usw. und sogar marodieren und der Bevölkerung eigenmächtig und unter Gewaltanwendung verschiedene Besitztümer abnehmen [...].“<sup>9</sup>

Nachdem die Bolschewiki auch in Saratov die Macht übernommen hatten, wurde die als „bourgeois“ eingestufte nationale Bewegung der Deutschen bereits im Februar 1918 faktisch zerschlagen. Viele ihrer führenden Köpfe sahen sich Verfolgungen und Repressionen ausgesetzt und waren gezwungen, dem Wolgagebiet den Rücken zu kehren.<sup>10</sup> Zugleich ließen die ersten von den neuen bolschewistischen Machthabern herausgegebenen Dokumente und insbesondere die „Deklaration der Rechte der Völker Russlands“ die in der Wolgaregion lebende deutsche Bevölkerung und insbesondere die Intelligenz nicht unbeeindruckt und weckten Erwartungen und Illusionen, die maßgeblichen Anteil daran hatten, dass sich der im Februar 1918 in dem Dorf Warenburg stattfindende Kongress der deutschen Kolonien der Bezirke Novouzensk und Nikolaev nicht eindeutig gegen die neuen Machthaber stellte.<sup>11</sup>

So verurteilten die Kongressdelegierten zwar entschieden die mit Billigung der örtlichen Machtorgane in den deutschen Dörfern von bewaffneten Einheiten der neuen Macht verübten Gewalt- und Willkürakte und die Verfolgung der Aktivisten der deutschen nationalen Bewegung, fassten aber zugleich den Beschluss, eine Delegation nach Moskau zu entsenden, die sich für die Gründung einer deutschen nationalen Autonomie an der Wolga einsetzen sollte.<sup>12</sup>

Die im Bund der Deutschen Sozialisten der Wolgaregion organisierten örtlichen Bolschewiki, die ideologisch eher den Ideen der Weltrevolution und der „allgemeinen Brüderlichkeit der Völker“ anhängen, sahen sich nach einigem Zögern gezwungen, die Idee der Gründung dieser Autonomie zu unterstützen, um bei den „sozialistischen Umgestaltungen“ nicht ins Hintertreffen zu geraten, und führten schließlich in Person Gustav Klingers die zu den im Volkskommissariat für Nationalitätenfragen geführten Verhandlungen entsandte Delegation an.<sup>13</sup> Die Sowjetregierung billigte die Idee, eine deutsche Territorialautonomie auf „sozialistischer Grundlage“ zu errichten.

9 Gosudarstvennyj istoričeskij archiv nemcev Povolž'ja [Staatliches Historisches Archiv der Wolgadeutschen, GIANP], f. 728, op. 1, d. 98, l. 4. Etwa die Hälfte der im Bezirk Nikolaev (Gouvernement Samara) gelegenen Dörfer war deutsch.

10 Siehe ausführlicher: Arkadij A. German: Nacional'no-territorial'naja avtonomija nemcev Povolž'ja [Die national-territoriale Autonomie der Wolgadeutschen], Dissertation zur Erlangung des Doktorgrads der Historischen Wissenschaft, Saratov 1995, S. 54 f.

11 Warenburg (Prival'noe) – heute Prival'noe (Rayon Rovnoe, Gebiet Saratov).

12 Vgl. Istorija rossijskich nemcev v dokumentach [Geschichte der Russlanddeutschen in Dokumenten], S. 70; Alfred Eisfeld: Deutsche Kolonien an der Wolga 1917–1919 und das Deutsche Reich, S. 66–70.

13 German, Nemeckaja avtonomija na Volge (wie Anm. 3), Tl. 1, S. 15 f.

Am 30. April 1918 wurde in Saratov das Kommissariat für deutsche Angelegenheiten im Wolgagebiet gegründet, das die Kolonien verwalten und die Gründung einer deutschen Territorialautonomie vorbereiten sollte. Diesem sogenannten Wolgakommissariat gehörten neben den aus Moskau entsandten „kommunistischen Internationalisten“ Ernst Reuter und Karl Petin<sup>14</sup> auch die Führer der örtlichen deutschen Sozialisten Gustav Klinger, Adam Ėmich, Alexander Moor und andere an.<sup>15</sup> So erhielt der Bund der Deutschen Sozialisten des Wolgagebiets die Macht über die Kolonien unmittelbar aus den Händen der bolschewistischen Landesführung. Wie in vielen anderen Amtsbezirken und Bezirken (*Uezdy*) der Region wurden die bolschewistische Ideologie und die Sowjetmacht auch in den deutschen Kolonien von oben implementiert, was die gesamte Tätigkeit des Kommissariats für deutsche Angelegenheiten im Wolgagebiet prägen sollte, dem explizit die Aufgabe zugedacht war, das „ideologische Zentrum der sozialistischen Bewegung unter der deutschen werktätigen Bevölkerung“ darzustellen.<sup>16</sup>

Ursprünglich sollte die national-territoriale Autonomie der Wolgadeutschen aufgrund der Beschlüsse des vom 30. Juni bis zum 1. Juli 1918 in Saratov stattfindenden I. Sowjetkongresses der deutschen Wolgakolonien in Form einer „Föderation der Mittleren Wolga“ realisiert werden. Dabei sollte die Autonomie nicht über die Ebene der nationalen Bezirke Balzer, Kamenka (Gouvernement Saratov) und Katharinenstadt (Gouvernement Samara) hinausgehen, die föderativ miteinander verbunden, aber zugleich den entsprechenden Gouvernements unterstellt bleiben sollten.<sup>17</sup>

Im Sommer 1918 nahm das eigenmächtige Vorgehen der Machtorgane der Gouvernements Samara und Saratov in den deutschen Kolonien ein solch eklatantes Ausmaß an und trat dermaßen offen in Form von Raub und Zerstörung in Erscheinung, dass sich der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare der RSFSR Vladimir I. Lenin am 26. Juli 1918 genötigt sah, die Sowjets der Gouvernements Samara und Saratov und die diesen unterstellten Bezirkssowjets per Telegramm anzuweisen, Kontributionen, Konfiskationen und Requirierungen von Getreide unter den deutschen Kolonisten des Wolgagebiets ausschließlich mit Zustimmung des Kommissariats für deutsche Angelegenheiten im Wolgagebiet durchzuführen.<sup>18</sup>

Lenins Intervention war zweifellos auch dem Umstand geschuldet, dass Deutschland aufgrund des am 3. März 1918 unterzeichneten Friedensvertrags von Brest-Litovsk gewisse juristische Rechte hatte, sich in die Angelegenheiten der deutschen Wolgakolonien einzumischen. So durften Russlanddeutsche aufgrund der Artikel 21 und 22 der Zusatzvereinbarung zum Vertrag von Brest-Litovsk innerhalb einer Frist von zehn Jahren unter Mitnahme ihres Besitzes nach Deutschland ausreisen. Zudem hatten alle Übersiedlungswilligen das Recht, sich unmittelbar an die diplomatischen und konsularischen Vertretungen Deutschlands zu

14 Ernst Reuter war reichsdeutscher, Karl Petin österreichischer Kriegsgefangener. Mit den kommunistischen Ideen wurden die beiden in der Kriegsgefangenschaft „infiziert“. Ernst Reuter (1889–1953) wurde nach seiner Rückkehr in die Heimat als Politiker der SPD und Oberbürgermeister von Westberlin bekannt.

15 GIANP, f. 728, op. 1, d. 166, l. 6.

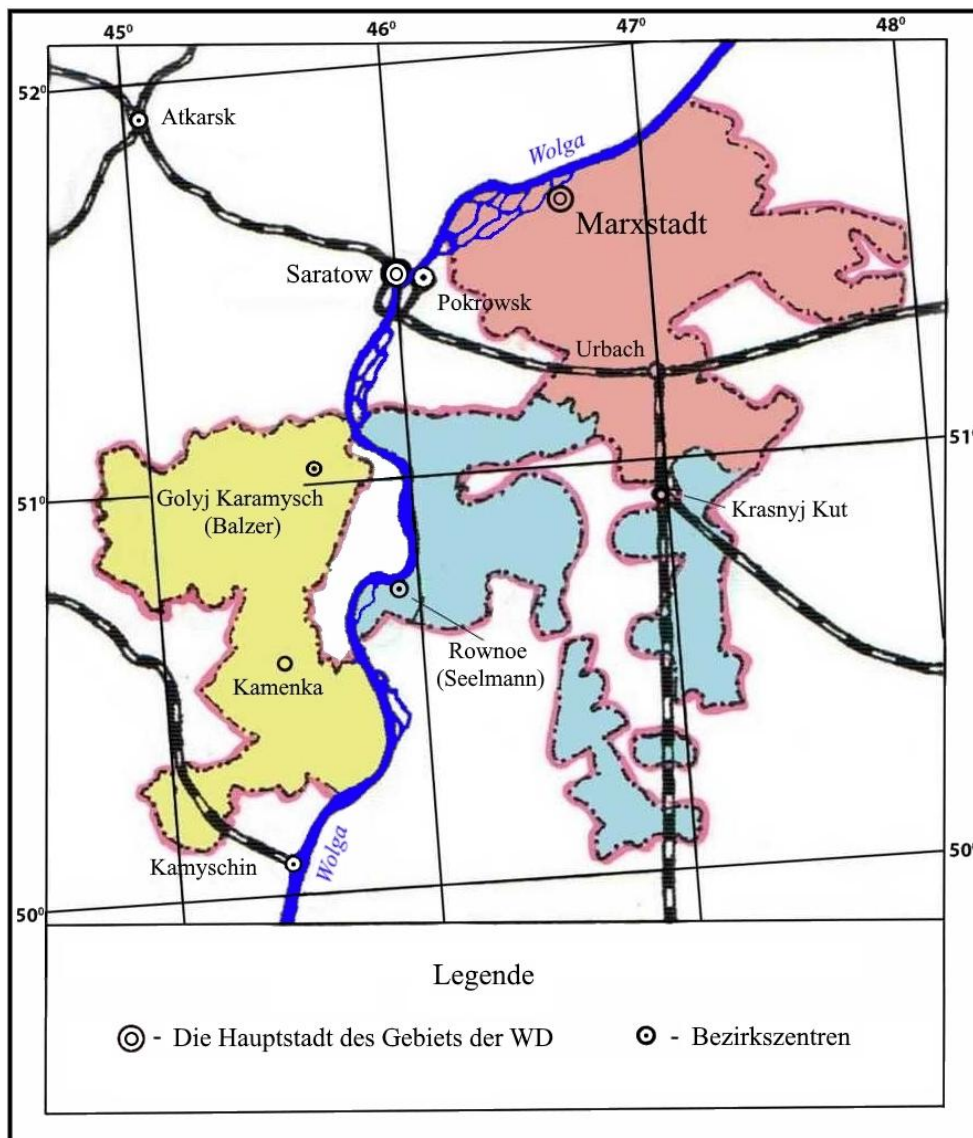
16 Aus dem Statut des Kommissariats für Deutsche Angelegenheiten im Wolgagebiet. Vgl. *Izvestija VCIK* v. 5.6.1918.

17 Siehe ausführlicher: German, *Nemeckaja avtonomija na Volge* (wie Anm. 3), Tl. 1, S. 20–22.

18 Vgl. *Dekrety Sovetskoj vlasti* [Dekrete der Sowjetmacht], Bd. 3, Moskva 1964, S. 100.

wenden. Die reichsdeutsche Seite gründete eine „Fürsorgekommission für deutsche Rückwanderer“, die die Einhaltung der entsprechenden Artikel in der Wolgaregion und in anderen deutschen Siedlungsgebieten kontrollierte.<sup>19</sup>

Die Karte des Gebiets der Wolgadeutschen, 1918–1922



Privatarchiv German Korolev, Arkadij A. German

<sup>19</sup> GIANP, f. 728, op. 1, d. 164, l. 30-31; d. 165, l. 4-5; d. 166, l. 21.

Das andauernde eigenmächtige Vorgehen der lokalen und insbesondere der Gouvernementsorgane der Sowjetmacht gegenüber den Kolonisten sowie die Sorge vor möglichen Protestnoten vonseiten Deutschlands, das den Prozess der Bolschewisierung und Sowjetisierung der deutschen Wolgakolonien äußerst kritisch verfolgte, zwangen Moskau und das Wolgakommissariat, entgegen den ursprünglichen Plänen Kurs auf die Gründung eines unmittelbar den Organen der Staatsmacht der RSFSR unterstellten Autonomen Gebiets der Wolgadeutschen zu nehmen. Dieser Entscheidung lag die Annahme zugrunde, dass sich die gefährlichen „reichsdeutschen Ansprüche“ durch die Gründung einer einheitlichen deutschen Gebietskörperschaft in der Wolgaregion neutralisieren ließen, die allerdings im Gegensatz zu den reichsdeutschen Plänen auf „Arbeiterbasis“, d.h. mit einer Macht bolschewistischer Art bestehen sollte.<sup>20</sup>

Am 19. Oktober 1918 unterschrieb Lenin das Dekret über die Gründung des Gebiets,<sup>21</sup> das ausschließlich mehrheitlich deutsch besiedelte Territorien umfasste und deshalb einem Flickenteppich glich.

Zum Zeitpunkt der Gründung der deutschen Autonomie (Oktober 1918) war das Wolgagebiet bereits Schauplatz intensiver Kampfhandlungen des beginnenden Bürgerkriegs, dessen Fronten unweit der Grenzen des neu gegründeten Gebiets verliefen, sodass dessen Bevölkerung alle Lasten einer frontnahen Region zu tragen hatte. So mussten die deutschen Kolonisten wie auch ihre anderen Nationalitäten angehörenden Nachbarn Ende 1918 Requirierungen und Kontributionen jeder Art sowie die Mobilisierung zum Militär und zu Arbeitsdiensten über sich ergehen lassen.

### 3. Beteiligung der wolgadeutschen Bauern am Klassenkampf und Bürgerkrieg

Im Sommer und Herbst 1918 war das Kommissariat für deutsche Angelegenheiten im Wolgagebiet unter anderem damit befasst, das in den deutschen Siedlungen gelegene Land auf Grundlage des Bodendekrets vom 26. Oktober (7. November) 1917 bzw. des am 6. (19.) Februar 1918 verabschiedeten Sozialisierungsgesetzes zu vergemeinschaften. Am 12. Juli des gleichen Jahres arbeiteten der Vorsitzende des Wolgakommissariats Reuter und der Kommissar für Landfragen Heinrich Wuckert [Vukkert] eine „Instruktion für die Umverteilung des Bodens“ aus, die nach Prüfung und Annahme durch das Exekutivkomitee in der örtlichen Presse veröffentlicht wurde.<sup>22</sup>

Die Zwangsvergemeinschaftung des Bodens versetzte die deutschen Dörfer in erhebliche Aufregung und wurde von nahezu allen Schichten der Landbevölkerung abgelehnt, da sie den traditionellen Werten der deutschen Bauern und insbesondere deren Achtung des Rechts auf Privatbesitz zuwiderlief. Die Umverteilung des Bodens provozierte eine künstli-

20 Heinrich König, der einige Zeit als Vertreter des Wolgakommissariats im Volkskommissariat für Nationalitätenfragen gearbeitet hatte, stellte den vom Zentrum vertretenen Standpunkt nach seiner Rückkehr aus Moskau folgendermaßen dar: „Die Sowjetregierung beeilt sich, damit die Deutschen die Sache baldmöglichst selbst in die Hand nehmen, um nicht unter das reichsdeutsche Joch zu geraten“. Vgl. Gosudarstvennyj archiv novejšej istorii Saratovskoj oblasti [Staatsarchiv für Neuere Geschichte des Gebiets Saratov, GANISO], f. 1, op. 1, d. 2, l. 30.

21 Dekrety Sovetskoi vlasti [Dekrete der Sowjetmacht], Bd. 3 (wie Anm. 18), S. 438.

22 Čebotareva, Gosudarstvennaja nacional'naja politika (wie Anm. 7), S. 156.

che Spaltung zwischen der großen Masse der wohlhabenden Bauern und der kleinen Schicht der Armbauern und sorgte für Verbitterung auf beiden Seiten.

Die von russischen Landvermessern im Zuge der Umverteilung des Bodens geleistete praktische Arbeit ließ einen Faktor in Erscheinung treten, den das Mitglied des Kommissariats für deutsche Angelegenheiten im Wolgagebiet Victor Stromberger [V. Štromberger] folgendermaßen beschrieb: „Unter der russischen Bevölkerung und sogar unter Parteigenossen galten zu jener Zeit wegen des kultivierteren Zustands ihrer Höfe alle Kolonisten als Kulaken, und die Sowjetorgane nahmen ihnen gegenüber eine offen feindselige oder wenigstens alles andere als wohlwollende Haltung ein.“<sup>23</sup> Infolge dieser Einstellung wurden den deutschen Siedlungen 9 500 Desjatinen<sup>24</sup> angeblich „überschüssigen“ Bodens abgenommen und den nach den bestehenden Normen unter Landmangel leidenden russischen Dörfern übergeben, was wiederum die insbesondere im Bezirk Kamyšin (Gouvernement Saratov) aufflammenden interethnischen Spannungen weiter anheizte.<sup>25</sup>

Ungeachtet dieser alarmierenden Fakten zeigte sich das Wolgakommissariat mit den Resultaten der Umverteilung des Bodens weitgehend zufrieden und teilte dem Volkskommissariat für Nationalitätenfragen mit, dass die Landfrage in den deutschen Kolonien zu 80 Prozent zugunsten der Armbauern entschieden worden sei. Aber nicht alle im Kommissariat tätigen Mitarbeiter teilten diesen Optimismus. So schrieb z.B. der bereits erwähnte Stromberger:

„Infolge dieser Verteilung hat sich die Wirtschaft des Dorfes völlig verkeilt. Die Bauernschaft ist in einer Sackgasse festgefahren: Die Armbauern klammern sich an ihre Landstücke, haben aber kein Inventar; die Mittelbauern haben einen Teil ihres Landes verloren, aber ihr Inventar behalten und können ihr Streben nach Ausweitung und Verbesserung ihrer Wirtschaft nicht befriedigen.“<sup>26</sup>

Allerdings sollte auch das landwirtschaftliche Inventar bald darauf umverteilt werden. So wurde aufgrund einer entsprechenden Instruktion des Exekutivkomitees des Wolgakommissariats vom 28. Juli 1918 bei allen abhängigen Lohnarbeitern beschäftigenden Bauern das gesamte und bei allen übrigen das „überschüssige“ landwirtschaftliche Inventar und Zugvieh eingezogen,<sup>27</sup> was bei den deutschen Bauern erneut auf große Ablehnung stieß. Durch ein solches Vorgehen wurde der „Klassenkampf“ ins deutsche Dorf getragen, in dessen Gefolge die wenigen in den deutschen Dörfern lebenden Armbauern in die bolschewistische Partei eintraten und deren Politik durchsetzten.

Und doch reagierten die deutschen Bauern aller Skepsis gegenüber den neuen Machthabern zum Trotz hoffnungsvoll auf die Gründung ihres eigenen autonomen Gebiets und erfüllten in der ersten Zeit in der Regel gewissenhaft und ohne Zwang alle Befehle und Anordnungen der deutschen Gebiets- und Bezirksorgane, da sie auf diese Weise Schutz vor

23 Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii [Staatsarchiv der Russischen Föderation, GARF], f. p-1318, op. 1, d. 421, l. 53 ob.

24 Desjatine – russisches Flächenmaß. Im Text geht es um die sogenannte Staatsdesjatine, die 1,09 Hektar entspricht.

25 Vgl. Čebotareva, Gosudarstvennaja nacional'naja politika (wie Anm. 7), S. 161.

26 GARF, f. p-1318, op. 1, d. 421, l. 53ob.

27 Ebenda, l. 13.



dem immer mehr um sich greifenden Marodeurswesen zu finden hofften. Doch diese Illusionen verflogen schnell: Schon sehr bald sollte sich zeigen, dass die Führung des Deutschen Gebiets und seiner drei im Herbst 1918 gegründeten Bezirke nicht nur nicht in der Lage war, die deutsche Bevölkerung zu schützen, sondern die Politik der zentralen bolschewistischen Führung *de facto* in vollem Umfang mittrug und alle repressierte, die versuchten, sich der Vergemeinschaftung oder dem schrankenlosen Raub in den Weg zu stellen.

Die ständigen Einfälle der zahlreichen nach Direktiven der lokalen Partei- und Sowjetorgane oder diverser Militäreinheiten agierenden Requirierungskommandos machten das Leben der deutschen Bauern immer unerträglicher. So kam es 1918 in mehreren auf der Bergseite und am nördlichen linken Wolgaufer gelegenen deutschen Dörfern zu bewaffneten „Kulaken“- (sprich: Bauern-) Aufständen,<sup>28</sup> deren größter im Dorf Warenburg stattfand,<sup>29</sup> wo die rechten Sozialrevolutionäre traditionell einen starken Einfluss hatten und auch die nationale Partei der „Wolgadeutschen“ hohes Ansehen genoss.

Unmittelbarer Auslöser des Aufstands war die mit gegen die Bauern gerichteten Gewalttaten einhergehende Beschlagnahmung von Lebensmitteln und anderen Besitztümern durch ein Requirierungskommando am 3. und 4. Januar. Als wenig später ein weiteres Requirierungskommando ins Dorf kam, wirkte dies wie ein Brandbeschleuniger. Der Aufstand brach spontan aus, nahm aber schnell eine organisierte Form an. Nach der Zerschlagung des Requirierungskommandos wurden dessen überlebende Mitglieder sowie die wenigen ortsansässigen Kommunisten und deren Familienmitglieder in blinder Wut in einem Eisloch unter der Wolga ertränkt. Im weiteren Verlauf der Ereignisse konnten die aufständischen Bauern das Dorf mehrere Tage halten und alle Versuche einzelner roter Verbände, das Dorf einzunehmen, abzuwehren. Der Kampf wurde auf beiden Seiten mit äußerster Härte geführt.

Der am Sturm von Warenburg beteiligte Jakob Hill [Jakov Gil'] beschrieb diese Kämpfe in seinen Erinnerungen später folgendermaßen:

„[...] aus Balzer<sup>30</sup> wurde ein erstes, 44 Mann starkes Kavalleriekommando geschickt, das nur ein Maschinengewehr hatte und von A. Maj kommandiert wurde. Dieses Kommando wurde in Prival'noe [Warenburg] von den Kulaken mit einer weißen Fahne empfangen und später zur Kirche geführt, von wo aus es aus zwei getarnten Maschinengewehren beschossen wurde. In den angrenzenden Straßen warteten auf das auseinanderlaufende Kommando mit Forken, Äxten, Brechstangen und Schaufeln bewaffnete Kulaken, die aus umgeworfenen Eggen Barrikaden errichtet hatten, auf denen Männer und Pferde bestialisch getötet wurden [...].“<sup>31</sup>

28 Vgl. GIANP, f. 728, op. 1, d. 164, l. 13; d. 165, l. 29; d. 167, l. 1; d. 172, l. 6; *Godovščina social'noj revoljucii v Saratove* [Jahrestag der sozialen Revolution in Saratov], Saratov 1918, S. 29; P. German i I. Gosnic. *Pervye kommunisty Marientalja* [P. German und I. Gosnic. Die ersten Kommunisten Marientals], in: *Neues Leben*, 15.6.1976, S. 7.

29 Auf dem linken Wolgaufer südlich von Saratov gelegene Ortschaft, heute: Privol'noe (Rayon Rovnoe / Gebiet Saratov).

30 Balzer (Golyj Karamyš) – auf dem rechten Wolgaufer südlich von Saratov gelegenes deutsches Großdorf, heute: Stadt Krasnoarmejsk (Gebiet Saratov).

31 GANISO, f. 1, op. 1, d. 96, l. 52.

Am 5. und 6. Januar 1919 rief das Gebietspartei-Komitee der RKP(b) des Gebiets der Wolgadeutschen die Parteimobilisierung aus. Die mobilisierten Kommunisten stellten den Kern eines eigens zur Niederschlagung des Aufstands aufgestellten Kommandos, das Warenburg am 8. Januar zusammen mit aus Balzer kommenden Rotarmisten und einer Kavallerieeinheit der Saratover Gouvernementstscheka im Sturm einnahm.

Am 9. Januar meldete der Militärkommissar des Gebiets der Wolgadeutschen Heinrich Schaufler [G. Šaufler] nach Moskau und an den in Samara ansässigen Stab der 4. Armee, dass der Aufstand in Warenburg niedergeschlagen worden sei: „32 Anführer wurden erschossen, zwei halten sich versteckt. Von der Bourgeoisie wurden 780 000 Rubel Strafe eingezogen.“ Einer der Flüchtigen, der frühere Besitzer der Warenburger Holzlager und Schiffsanleger Johann Wormsbecher wurde wenig später 40 km von dem Dorf entfernt gefasst und „zur Abschreckung der Feinde“ am Kirchturm aufgehängt.<sup>32</sup>

Der Aufstand stellte eine Art Kraftprobe dar, deren Ausgang den Gegnern der Bolschewiki deutlich vor Augen führen sollte, wie aussichtslos derartige Aktionen zu diesem Zeitpunkt waren, sodass es bis zum Frühjahr 1921 selbst in für die Bolschewiki äußerst kritischen Situationen zu keinen weiteren mit dem Warenburger Aufstand vergleichbaren bewaffneten Aufständen kam.

Dennoch zeugen die folgenden Zahlen davon, dass die Bolschewiki in den deutschen Dörfern nur äußerst wenig Rückhalt genossen: Im Juli 1919 gehörten der Gebietsorganisation der RKP(b) (bei einer Gesamtbevölkerung von fast 400 000 Deutschen) gerade einmal 420 Parteimitglieder und 125 Sympathisanten an. Anderthalb Jahre später (Dezember 1920) gab es im Gebiet 571 Mitglieder und 37 Kandidaten der RKP(b). Von den 54 zu diesem Zeitpunkt bestehenden Parteizellen waren gerade einmal 24 bäuerlich (bei einer Gesamtzahl von über 200 deutschen Dörfern). Und selbst diese waren äußerst instabil, wovon die Tatsache zeugt, dass zwar immer wieder neue Zellen gegründet wurden, die bereits bestehenden aber oft nach kurzer Zeit wieder zerfielen. Angesichts der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der deutschen Bauern wohlhabend war, rekrutierte die Partei ihre Mitglieder unter den wenigen Armbauern und Tagelöhnern, die in den deutschen Dörfern in der Regel nur geringes Ansehen genossen.<sup>33</sup>

Auf Grundlage eines entsprechenden Dekrets des Rats der Volkskommissare des Gebiets der Wolgadeutschen wurde 1920 die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt, aufgrund derer zehntausende Leute für die Aufschüttung und den Abtransport von Getreide, für Wald- (in den Wolganiederungen) und Erdarbeiten sowie für die Beschaffung von Heizmaterial mobilisiert wurden. So wurden z.B. allein im Juni 1920 7 500 Kutscher mit Fuhrwerken und Pferden verpflichtet, das Getreide aus den Dörfern zu den Anlegestellen und Bahnstationen zu schaffen.<sup>34</sup>

Im Sommer 1920 wurde im Autonomen Gebiet eine deutsche Arbeitsbrigade aufgestellt, deren drei Regimenter über jeweils 1 000 im Rahmen der Arbeitspflicht mobilisierte Lastfuhrwerke verfügten. Die Brigade wurde im Rahmen der Arbeitspflicht beim Bau der

32 GIANP, f. 730, op. 1, d. 23, l. 110.

33 Vgl. Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii [Russisches Staatsarchiv für sozial-politische Geschichte, RGASPI], f. 17, op. 65, d. 50, l. 3; GANISO, f. 1, op. 1, d. 14, l. 194-209; d. 2, l. 163 ob.

34 Vgl. GANISO, f. 1, op. 1, d. 22, l. 90.

Eisenbahnstrecke Aleksandrov Gaj – Emba [Algem] eingesetzt, die zu diesem Zeitpunkt für die Sowjetrepublik große strategische Bedeutung hatte. Ende 1920 wurden in Marxstadt ein militärisches Baukommando und ein Landwirtschaftsbataillon aufgestellt.<sup>35</sup> Viele Bauern wurden mobilisiert, um mit Fuhrwerken Öl aus Gur'ev nach Pokrovsk (heute: Engels) zu transportieren, von wo aus dieses über die Wolga in die in Zentralrussland gelegenen Industrieregionen gebracht wurde.<sup>36</sup>

Die Zwangsmobilisierungen verliefen alles andere als reibungslos, da sich die Bauern nur äußerst unwillig von ihrer landwirtschaftlichen Arbeit losreißen ließen. 1918–1920 wurden zahlreiche deutsche Bauern zur Roten Armee eingezogen und unter anderem innerhalb von nationalen Militärverbänden wie dem 1. Katharinenstädter Kommunistischen Deutschen Regiment, dem 2. Freiwilligen Infanterieregiment Balzer und der Deutschen Kavalleriebrigade im Kampf eingesetzt. Bei den Ersten Saratover Infanterie-Maschinengewehr-Kommandanten-Kursen bestand 1919/20 eine eigene deutsche Abteilung, an der die in den deutschen nationalen Einheiten eingesetzten Kommandeure ausgebildet wurden.<sup>37</sup>

Die deutschen Einheiten der Roten Armee bestanden nicht lange und taten sich nicht besonders hervor. Das 2. Infanterieregiment Balzer wurde sogar aufgelöst, weil es eine Attacke verweigert und seine Kampfstellungen geräumt hatte.<sup>38</sup> Ein solches Verhalten war nicht ideologisch motiviert, sondern resultierte schlicht aus der Tatsache, dass die Wolgakolonisten mehrheitlich gegen den Krieg als solches bzw. gegen das Töten waren und sich zudem daran störten, von ihrer gewohnten bäuerlichen Lebensweise losgerissen zu werden. So erreichte die Desertion unter ihnen ein beispielloses Ausmaß, was allerdings in ähnlicher Weise auch für ihre russischen Nachbarn galt.

So wies das Kommando der Infanteriebrigade der 5. Armee der Ostfront am 4. Januar 1919 in einem Schreiben an das Exekutivkomitee des Gebietsowjets auf Fälle „arglistiger Desertion“ hin. Dass sich an dieser Lage auch ein Jahr später kaum etwas geändert hatte, legt ein Schreiben des Chefs des Stabs der Truppen des Gebiets Don vom 11. März 1920 nahe, in dem dieser von „gigantischer Desertion unter den mobilisierten Deutschen“ berichtete: „Angesichts eines kleinen Kadens von Ausbildern und fehlender Russischkenntnisse aufseiten der meisten Deutschen bleiben die ergriffenen Maßnahmen weitgehend wirkungslos.“<sup>39</sup>

Im Juli 1919 wurde eine Gebietskommission zur Bekämpfung der Desertion eingerichtet, die allerdings nur wenig effektiv war, obwohl ihr ein eigenes Regiment zur Verfügung stand. So enthielten fast alle beim Gebietsexekutivkomitee und beim Gebietspartei Komitee der RKP(b) eingehenden Schreiben der Kommandeure und Kommissare der deutschen Regimenter die Forderung, entschiedener gegen Deserteure vorzugehen, und wiesen darauf hin, dass die Moral der gesamten Truppe infolge der halbherzigen Verfolgung von Deserteuren leide.

35 Ebenda, d. 17, l. 253, 255.

36 Ebenda, d. 6, l. 157.

37 Über den Kampfeinsatz und das Schicksal der nationalen Militäreinheiten der Wolgadeutschen siehe ausführlicher: German, Nemeckaja avtonomija na Volge (wie Anm. 3), S. 73-93.

38 Vgl. ebenda, S. 85-89.

39 GIANP, f. 730, op. 1, d. 11, l. 89; d. 19, l. 541.

#### 4. Beschlagnahmung von Lebensmitteln im Gebiet der Wolgadeutschen

Im Verlauf des gesamten Bürgerkriegs wurden im Gebiet der Wolgadeutschen praktisch ununterbrochen Lebensmittel beschlagnahmt. Die der Umsetzung der Ablieferungspflicht dienende Kampagne stand im Mittelpunkt der Tätigkeit der Partei- und Sowjetorgane und band gewaltige Kräfte. So lassen sich in den Berichten des Gebietspartei Komitees an das ZK der RKP(b) immer wieder Sätze der folgenden Art finden: „Die gesamte Aufmerksamkeit des Gebietskomitees [...] wird durch die Lebensmittelkampagne in Anspruch genommen“ [...]. „[...] Man musste bewusst fast alle Arbeiten mit Ausnahme der Lebensmittelarbeit stoppen“.<sup>40</sup>

Im Herbst und Winter 1918/19 verlief die im Gebiet der Wolgadeutschen durchgeführte Lebensmittelkampagne noch vergleichsweise glimpflich. Die Versorgungslage im Zentrum war noch nicht so kritisch, dass die Menge der aus der Deutschen Autonomie abtransportierten Lebensmittel (u.a. über 2 Mio. Pud<sup>41</sup> Getreide) die Kräfte des Gebiets zu übersteigen drohte.<sup>42</sup> So konnte der Gebietskommissar für Nahrungsmittelfragen Alexander Schneider [Šnejder] im März 1919 mit Blick auf die Resultate der im Herbst und Winter durchgeführten Lebensmittelkampagne an das Gebietsexekutivkomitee melden: „Das Getreidemonopol wird entsprechend dem Dekret des Volkskommissars für Nahrungsmittelfragen umgesetzt; eine genaue Erfassung des Getreides wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Provisorischen Sonderkollegium durchgeführt [...], blutige Zusammenstöße mit Kulaken und Hungeraufstände gab es im Gebiet nicht [...]“.<sup>43</sup> Zugleich kam es allerdings auch zu diesem Zeitpunkt bereits zu zahlreichen gegen die Bauern gerichteten Gewaltakten und illegalen Requirierungen von Lebensmitteln und sonstigem Besitz.

Mit der zunehmenden Verschlechterung der Versorgungslage in der Sowjetrepublik änderte sich auch der Charakter der im autonomen Gebiet der Wolgadeutschen durchgeführten Lebensmittelkampagnen. So ging im Gebiet der Wolgadeutschen ein unendlicher Strom von Telegrammen ein, in denen Lenin, Aleksandr D. Cjurupa<sup>44</sup> und andere hochrangige Vertreter der Sowjetführung kategorisch forderten, „unverzüglich“ Getreide nach Moskau, in die zentralen Industrieregionen oder zur Armee zu liefern, und keinerlei Erklärungen oder Rechtfertigungen vonseiten der Führung des Gebiets der Wolgadeutschen akzeptierten. Immer öfter sah sich die örtliche Führung mit unverhohlenen Drohungen konfrontiert, persönlich zur Rechenschaft gezogen zu werden.<sup>45</sup>

Im August wurde eine reiche Ernte eingebracht, die die Hoffnung aufkeimen ließ, die Versorgungslage im Gebiet verbessern und die neuen Abgabenormen erfüllen zu können. Die Freude über die große Getreideernte wurde allerdings durch den Umstand getrübt, dass sich die Front auf das Territorium des Gebiets der Wolgadeutschen verschob und es im Bezirk Balzer zu Kampfhandlungen kam, in deren Verlauf die Truppen General Anton

40 GANISO, f. 1, op. 1, d. 22, l. 28, 92.

41 Pud – seit dem 12. Jahrhundert bekanntes altes russisches Gewichtsmaß. Ein Pud entspricht 40 russischen Pfund bzw. 16,380 kg.

42 RGASPI, f. 17, op. 65, d. 50, l. 2.

43 GIANP, f. 730, op. 1, d. 23, l. 175.

44 Aleksandr D. Cjurupa – Volkskommissar für Nahrungsmittelfragen der RSFSR.

45 Siehe ausführlicher: German, Nemeckaja avtonomija na Volge (wie Anm. 3), S. 45-52.

I. Denikins den südlichen Teil des Bezirks eroberten und erst 15 km vor Balzer gestoppt wurden. Zu diesem Zeitpunkt hatten die zurückweichenden Truppen der Roten Armee den Bezirk bereits im wahrsten Sinne des Wortes geplündert. Das gleiche Schicksal erlitt auch der auf dem linken Ufer der Wolga gelegene Bezirk Rovnoe.

Der Ernst der Lage geht anschaulich aus einem an die oberste Staatsführung gerichteten Schreiben des Gebietsexekutivkomitees hervor:

„Die gesamte zur Einbringung der Ernte geleistete Arbeit der Bauern wurde durch Raub und Plünderung vonseiten der sich zurückziehenden Roten Armee praktisch zunichtegemacht. Allein im Bezirk Balzer mit seinen 179 000 Einwohnern wurden den Bauern von den Einheiten und Unterabteilungen der 10. Armee über 10 000 Pferde und 12 000 Stück Vieh abgenommen, wobei den Bauern nur in seltenen Fällen etwas gezahlt wurde [...]. Das Getreide wird selbstverständlich nicht eingebracht [...]. Noch dazu treiben zahlreiche Marodeure ihr Unwesen, die den Bauern das Essen aus dem Ofen stehlen und mitsamt den Töpfen mitnehmen und in den Gemüsegärten die Kartoffeln und anderes Gemüse ausgraben. Die Obstgärten sind geplündert, Bäume gefällt, Zäune umgerissen. Schläge und Gewalt gegen Bauern gehören zum Alltag. Es gab Fälle von Vergewaltigungen der Frauen. Die Bauern sind absolut terrorisiert. Das lässt eine Atmosphäre entstehen, in der man unmöglich arbeiten kann.“<sup>46</sup>

Nachdem sich die Truppen Denikins wieder auf ihre außerhalb der Autonomie gelegenen Stellungen zurückgezogen hatten, bot der Bezirk Balzer einen höchst bemitleidenswerten Anblick. Und auch der Bezirk Rovnoe trug erheblichen wirtschaftlichen Schaden davon. Dennoch gingen die Getreideablieferungen 1919 in unvermindertem Umfang weiter. So wies der Vertreter des Volkskommissariats für Nahrungsmittelfragen Nikolaj Duberg darauf hin, dass die deutsche Autonomie die Lieferanweisungen in vollem Umfang erfüllte, während andere Gouvernements dies nur noch zu 30 bis 40 Prozent taten.<sup>47</sup>

Ende August ordnete das Zentrum eine drastische Verschärfung der Lebensmittelkampagne an. Die Lebensmittelbeschaffungsorgane der Gouvernements und Bezirke wurden für selbstständig erklärt und sollten unabhängig von den örtlichen Sowjets agieren. Allen Ämtern, Organisationen und Einzelpersonen wurde kategorisch verboten, sich in die Lebensmittelpolitik und die Angelegenheiten des Kommissariats für Nahrungsmittelfragen einzumischen.<sup>48</sup> In immer schnellerem Tempo wurden immer neue Requirierungskommandos aufgestellt.

In den verbleibenden Monaten des Jahres 1919 kam es zu einem intensiven Austausch von Telegrammen und Briefen zwischen dem Gebiet und dem, immer härtere Forderungen stellenden Zentrum. Am 30. September wiesen Lenin und Cjurupa die Lebensmittel produzierenden Gouvernements in einem telegrafischen Rundschreiben an, „bei den Erzeugern Überschüsse zu beschlagnahmen, den Eigenverbrauch [im Gebiet] auf ein Minimum zu reduzieren und die Hungernden innerhalb kürzester Zeit mit Getreide zu versorgen.“ Um dieses Ziel zu erreichen, sollten nicht nur Anreize für die Getreide, Kartoffeln und Vieh ab-

46 GIANP, f. 730, op. 1, d. 27, l. 197.

47 Ebenda, l. 290.

48 Ebenda, l. 267, 280 f.

liefernden Bauern geschaffen werden, sondern vor allem auch umfassende Strafmaßnahmen zur Anwendung kommen:

„In Fällen besonderer Hartnäckigkeit [und] direkter Verweigerung sind härteste Maßnahmen anzuwenden. Wenn ihr solche ergreift, seid vorsichtig und achtet streng auf alle Umstände. Sprecht Drohungen aus und schwankt nicht, wenn ihr zu handeln entschieden habt, geht bis zum Letzten und führt den Vernichtungsschlag schnell und fehlerfrei aus. Verhaftet einzelne Bauern, die Lebensmittel verstecken, und schickt sie [nach] Moskau, damit sie im Konzentrations- oder Zwangsarbeitslager interniert werden. Berichtet über Leute, die ihr auf diese Weise verhaftet habt, umfassend und mit genauer Angabe des Wohnorts in Zeitungen und auf Flugblättern.“<sup>49</sup>

Es blieb nicht allein bei Telegrammen. Im Gebiet waren zahlreiche Bevollmächtigte des Rats der Volkskommissare und des Volkskommissariats für Nahrungsmittelfragen aktiv, die den Gang der Lebensmittelkampagne kontrollierten und den Abtransport von Lebensmitteln aus dem Gebiet organisierten. In Saratov war der Sonderbevollmächtigte des Verteidigungsrats Anatolij Smirnov mit seinen Helfern stationiert, der in allen Einzug und Abtransport der Lebensmittel betreffenden Fragen über nahezu uneingeschränkte Vollmachten verfügte und neben den Nachbargouvernements auch für das Autonome Gebiet der Wolgadeutschen zuständig war.

Nach Stand zum 10. Dezember 1919 waren aus dem Autonomen Gebiet der Wolgadeutschen über zwei Mio. Pud Weizen, eine Mio. Pud Roggen, 33 300 Pud Gerste, 2 200 Pud Hirse und 11 000 Pud Hafer, also insgesamt über drei Mio. Pud (etwa 49 000 Tonnen) Getreide aus der neuen Ernte ausgeführt worden. An den Aufschüttungspunkten warteten 852 500 Pud auf den Abtransport.<sup>50</sup>

Kurz vor Ende des Jahres 1919 ging am 30. Dezember beim Gebietspartei Komitee ein Telegramm Smirnovs ein:

„Die laufende Getreidekampagne hat deutlich gezeigt, dass das Einsammeln des Getreides auf dem Weg des Selbstlaufs<sup>51</sup> bzw. des Warenaustauschs absolut nicht realisierbar ist. Getreide bekommen wir nur, indem wir systematischen Druck auf das Dorf organisieren [...]. Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, sind alle Requirierungskommandos in einigen Zentren zu konzentrieren, deren [Abgabe-]Erfüllung Zweifel aufwirft: Wo die Abgabepflicht nicht erfüllt wird und Schlamperei herrscht, sind die Dorf- und Amtsbezirkssowjets unverzüglich zu verhaften und, wenn sie Kommunisten sind, dem Parteigericht, wenn sie parteilos sind, der Tscheka zu übergeben. Gleichzeitig sind ausnahmslos alle Lebensmittel bis zu den vollen 100% der Ablieferungspflicht zu requirieren, ohne irgendwelche von der Norm vorgesehenen Reste zu berücksichtigen. Wo die Überschüsse bewusst reduziert werden, sind neben den Lebensmitteln auch das gesamte Vieh und die Pferde zu konfiszieren. Die in diesem Zusammenhang ergriffenen Maßnahmen sowie die Namen der Verhafteten

49 Ebenda, 1, d. 27, l. 383.

50 Ebenda, 1, d. 27, l. 536.

51 Gemeint ist die freiwillige Abgabe von Getreide.

sind möglichst umfassend öffentlich zu machen und an das Gouvernementskomitee und das Bezirksexekutivkomitee zu melden. In der Regel reichen zwei bis drei solcher Fälle von Konfiskationen aus, um die Aufschüttung in Gang zu bringen. Diese Maßnahmen haben im Gouvernement Tambov, wo sie bereits umfassend Anwendung fanden, prächtige Resultate erbracht: Nachdem das Gouvernement im Zeitraum September – 20. Oktober gerade einmal 655 000 und vom 20.–31. Oktober gerade einmal 302 000 geliefert hatte, waren es zwischen dem 1. und 20. November 800 000. Ich fordere alle Lebensmittelkomitees der Gouvernements nachdrücklich auf, die gleichen entschiedenen Maßnahmen zu ergreifen [...].“<sup>52</sup>

*De facto* war diese Direktive nichts anderes als eine Kriegserklärung an die Bauernschaft und die lokalen Organe der Sowjetmacht. Zugleich provozierte die Politik des gegen die Bauern gerichteten totalen Terrors immer größeren Widerstand. Hatte es 1919 nur vereinzelte spontane Bauernproteste gegeben, kam es mit Beginn des Jahres 1920 immer öfter zu Rebellionen, die oft von Frauen angeführt wurden. So rollten gleich mehrere Wellen von „Frauenrevolten“ durch das Gebiet.

Im Folgenden sollen einige Auszüge aus dem Sitzungsprotokoll der „aktiven Mitarbeiter der Arbeitskommune“ vom 6. April 1920 angeführt werden, die die im Gebiet entstandene Situation sehr deutlich veranschaulichen:

„Genosse Schaufler<sup>53</sup> informiert die Anwesenden zu Beginn der Sitzung über die in der letzten Zeit im Gebiet vorgefallenen Aktionen und weist auf den befremdlichen Umstand hin, dass an diesen rein kulakische und anarchistische Forderungen erhebenden Unruhen auch Rotarmisten beteiligt waren. Er hebt hervor, dass die Unruhen, sofern sich dies feststellen ließ, vor allem durch die Lebensmittelfrage ausgelöst wurden [...].“<sup>54</sup>

Der angeführte Abschnitt zeigt, wie schwer es diesen jeder Lebenswirklichkeit entrückten Leuten fiel, die Scheuklappen der revolutionären Losungen abzulegen und zu dieser Erkenntnis zu gelangen.

Bei gleicher Gelegenheit informierte Schaufler die „aktiven Mitarbeiter“, dass das Gebiet auf Beschluss des Gebietsexekutivkomitees unter Kriegsrecht gestellt und ein Gouvernements-Revolutionskomitee eingerichtet worden sei, da es angesichts der immer mehr um sich greifenden „Aufstandsepidemie“ und der durch die anbrechende Schlammezeit und fehlende Eisenbahnverbindungen zu erwartenden Schwierigkeiten der Fortbewegung im Gebiet dringend geboten sei, entschiedene Maßnahmen zur Niederschlagung bereits ausgebroche-

52 GANISO, f. 1, op. 1, d. 6, l. 144. Aus der Geschichte des russischen Bürgerkriegs ist wohl bekannt, dass das Gouvernement Tambov 1921 einen der größten Herde des gegen die bolschewistischen Machthaber gerichteten bäuerlichen Widerstands darstellte („Kulakenrebellion Antonovs“). Ohne Zweifel hatten die von Smirnov im Gouvernement Tambov praktizierten Methoden der Ausraubung der Bauern daran ihren Anteil.

53 Heinrich Schaufler war von März 1919 bis Oktober 1920 Militärkommissar des Gebiets der Wolgadeutschen.

54 GANISO, f. 1, op. 1, d. 6, l. 168.

ner und Verhinderung künftiger Aufstände zu ergreifen.<sup>55</sup> Derartige Vorfälle seien nicht nur im Gebiet der Wolgadeutschen, sondern auch im angrenzenden Gouvernement Saratov zu verzeichnen. Tatsächlich war das Problem sogar landesweit virulent, was nicht verwundern kann, da die bei den Lebensmittelkampagnen zum Einsatz kommenden Methoden letztlich überall die gleichen Reaktionen provozierten.

Ende Mai 1920 wurde der Druck auf die Bauern ein weiteres Mal erhöht, nachdem Lenin und Cjurupa telegrafisch angeordnet hatten, die für das Jahr 1919/20 festgelegten Abgabennormen bis zum 15. Juli zu 100 Prozent zu erfüllen. Das gesamte Gebiet wurde in 39 Rayone unterteilt, in denen jeweils ein von der Partei mobilisierter, für die Lebensmittelbeschaffung verantwortlicher Politoffizier (*Prodpolitruk*) eingesetzt wurde, der sich auf bewaffnete Kommandos der Roten Armee stützen konnte. Für die Aufstellung dieser Kommandos wurde in voller Mannschaftsstärke ein im Gebiet stationiertes Infanterieregiment der Reserve abgestellt. Für diese für die Lebensmittelbeschaffung zuständigen Politoffiziere wurde eigens eine Instruktion ausgearbeitet, aus der wir einige Punkte anführen wollen:

„2. Die gesamte Arbeit ist auf die Einpferdler und Landlosen<sup>56</sup> zu stützen, die von den für die Lebensmittelbeschaffung verantwortlichen Politoffizieren umfassend eingesetzt werden sollen, um bei den Mittelbauern und Kulaken Überschüsse aufzuspüren und zu beschlagnahmen.

3. Sämtliche Getreideüberschüsse sind, wo immer sie aufgespürt werden, zu beschlagnahmen, unabhängig davon, ob die konkrete Person oder das Dorf die auferlegte Liefermenge erfüllt hat. Dabei soll die [für den Eigenbedarf vorgesehene] Norm auf das absolute Minimum beschränkt werden. Anmerkung: die für Nichtarbeitsvieh vorgesehene Norm ist vollständig zu beschlagnahmen.

4. Die Arbeit soll ernsthaft, diskret und ohne Lärm und Geschrei ablaufen.

5. Die für die Lebensmittelbeschaffung zuständigen Politoffiziere sind verpflichtet, ausnahmslos alle Höfe in einem Dorf zu durchsuchen und insbesondere die Einzelgehöfte besonders gründlich zu überprüfen [...].

7. Die für die Lebensmittelbeschaffung zuständigen Politoffiziere sind verpflichtet, keinen einzigen Augenblick lang zu vergessen, dass die dem Gebiet auferlegte Ablieferungsnorm, koste es was es wolle, innerhalb einer Frist von drei Wochen zu erfüllen ist [...].“<sup>57</sup>

Mit der Erhöhung des bei der Lebensmittelbeschaffung ausgeübten Drucks nahm auch der Widerstand zu. Auf besonders „originelle“ Weise verließen die Bauern ihrer Unzufriedenheit im Bezirk Rovnoe Ausdruck, wo sich eine umfassende Kampagne für den Austritt des Bezirks aus dem Autonomen Gebiet und dessen Anschluss an den benachbarten Bezirk Novouzensk (Gouvernement Samara) entspann. Unter Umgehung der Sowjets wurden in den Dörfern heimlich an das Bezirksexekutivkomitee Novouzensk gerichtete Gesuche

55 Revolutionskomitees (Revkom) – Notstandsorgane der bolschewistischen Diktatur, bei denen selbst auf den innerhalb des Sowjetsystems bestehenden Anschein von Demokratie verzichtet wurde.

56 „Einpferdler“ und „Landlose“ – Armbauern im deutschen Dorf, die nicht mehr als ein Pferd und kein Saatland hatten.

57 GANISO, f. 1, op. 1, d. 22, l. 70.



verfasst, von den Bauern unterschrieben und dann ebenfalls heimlich nach Novouzensk gebracht. Nahezu alle im Bezirk Rovnoe gelegenen Dörfer schlossen sich der Aktion an. Die Dörfer Morgentau und Straßburg<sup>58</sup> weigerten sich zudem, die Lebensmittelabgaben zu erfüllen und sich den Behörden des Bezirks Rovnoe zu unterstellen. Als ein Requirierungskommando nach Morgentau kam, „kam die gesamte Bevölkerung auf die Straße gelaufen und forderte das Kommando auf zu schießen“. Erst als das Requirierungskommando in die Luft schoss und zahlreiche Verhaftungen vornahm, sahen sich die Bauern zum Gehorsam gezwungen.<sup>59</sup>

Das Bestreben der im Bezirk Rovnoe lebenden deutschen Bauern, sich der Verwaltung durch den Bezirk Novouzensk zu unterstellen, lässt sich recht einfach durch den Umstand erklären, dass die Nachbarn im Vergleich zum deutschen Gebiet deutlich niedrigere Ablieferungsnormen zu erfüllen hatten, was wiederum zur Folge hatte, dass sich die Bevölkerung in weit geringerem Maße „Grobheiten und Misshandlungen“ ausgesetzt sah. Mit eben diesen Gründen motivierten auch die im Dorf Morgentau verhafteten Bauern ihr Tun.

Tatsächlich bestanden zwischen den deutschen und den russischen Dörfern hinsichtlich der zu erfüllenden Abgabennormen frappierende Unterschiede. So musste z.B. im Herbst 1920 das deutsche Dorf Frank<sup>60</sup> (Bezirk Balzer, Autonomes Gebiet der Wolgadeutschen) 93 000 Pud, das benachbarte Dorf Aleksandrovka (Bezirk Atkarsk, Gouvernement Saratov) aber nur 3 000 Pud Getreide an den Staat abliefern, obwohl beide Dörfer mit jeweils etwa 5 000 Einwohnern und 5 500 Desjatinen Ackerland annähernd gleich groß waren. Die Kolonie Beideck<sup>61</sup> hatte eine Ablieferungsnorm von 200 000 Pud Getreide zu erfüllen, was dem Wert für den gesamten im Gouvernement Saratov gelegenen Bezirk Kamyšin entsprach.<sup>62</sup>

Nicht gleichgültig lassen kann einen auch der folgende Beschluss des Exekutivkomitees des Gebiets der Wolgadeutschen:

„[...] angesichts der von der Bevölkerung des Gebiets und insbesondere der Bezirke Rovnoe und Marxstadt immer wieder vorgebrachten Behauptung, dass ihren in den Bezirken Novouzensk und Pugačev gelegenen russischen Nachbardörfern deutlich geringere Ablieferungsmengen auferlegt worden seien bzw. diese bis zum jetzigen Zeitpunkt deutlich weniger Getreide aufgeschüttet hätten als das Gebiet, und in der Annahme, dass erhebliche, aus den deutschen Kolonien stammende Getreidemengen in den Dörfern der beiden genannten russischen Bezirke versteckt werden, wenden [wir uns] mit der Bitte an den Revolutionsrat der Arbeitsarmee,<sup>63</sup> die zuständigen Lebensmittelabteilungen der Gouvernements zur Beseitigung provokativer Gerüchte und im Interesse einer erfolgreicherer Lebensmittelarbeit anzuweisen, die der Beschaffung von Lebensmitteln dienende Arbeit in den an unser Gebiet angrenzenden

58 Morgentau – heute Suetinovka (Rayon Staraja Poltavka, Gebiet Volgograd), Straßburg – heute Romaška (Rayon Pallasovka, Gebiet Volgograd).

59 GANISO, f. 1, op. 1, d. 6, l. 225.

60 Frank (Medvedickij Krestovyj Buerak) – heute Medvedickoe (Rayon Žirnovsk, Gebiet Volgograd).

61 Beideck (Talovka) – heute Luganskoe (Rayon Krasnoarmejsk, Gebiet Saratov).

62 GANISO, f. 1, op. 1, d. 6, l. 144.

63 Revolutionsrat der Arbeitsarmee (*Revsovtrudarm*), die Arbeitsarmeen waren Sondereinheiten der Roten Armee, die 1920/21 für die wirtschaftlichen Bedürfnisse des sowjetischen Hinterlands eingesetzt wurden.

genannten zwei Bezirken zu intensivieren und dort alle Überschüsse zu beschlagnahmen.“<sup>64</sup>

Dieser Beschluss wurde wie übrigens auch alle anderen umgesetzt. Bereits im August erklärte das Gebietspartei Komitee in einem an das ZK der RKP(b) gerichteten Bericht mit Blick auf das Ansinnen der im Bezirk Rovnoe ansässigen Bauern, dem Bezirk Novouzensk angeschlossen zu werden, ohne falsche Bescheidenheit:

„Dieses Bestreben, das wie eine Welle über das gesamte Gebiet hinweggerollt ist, war schneller verflohen, als es entstanden ist, sobald der Rat der Arbeitsarmee<sup>65</sup> ein paar Requirierungskommandos durch die angrenzenden russischen Dörfer geschickt hatte, die gezeigt haben, dass die Sowjetmacht den russischen Kulaken aus Novouzensk genauso presst wie den deutschen.“<sup>66</sup>

Derweil war die Getreideernte des Jahres 1920 infolge eines trockenen Sommers mehr als bescheiden. So schlug die Land-Abteilung des Gebiets bereits im Juli Alarm, deren Berechnungen eine Roggenernte erwarten ließen, die nicht einmal ausreichen würde, um im Herbst auf allen Feldern die Saat für die nächste Ernte auszubringen. Obwohl etwa 600 000 Pud Roggen fehlten, führte das Lebensmittelkomitee des Gebiets entsprechend den Ablieferungsnormen Roggen aus dem Gebiet aus und weigerte sich hartnäckig, ohne Weisung des Zentrums auch nur ein einziges Pud als Saatgut auszugeben. Die Land-Abteilung warnte, dass mindestens 100 000 Desjatinen Wintersaat nicht ausgebracht werden könnten, wenn nicht umgehend die Anordnung erfolge, Saatgut im Gebiet zurückzuhalten und an die Bevölkerung auszugeben,<sup>67</sup> doch eine entsprechende Anordnung blieb aus.

Ganz im Gegenteil gingen in den folgenden Monaten immer neue Weisungen, Anordnungen und Befehle der Regierung ein, die Ablieferungsnormen um jeden Preis zu erfüllen. Im Herbst wurden dem Gebiet sogar Abgaben auferlegt, die noch über die Planzahlen hinausgingen. So sollte das Autonome Gebiet der Wolgadeutschen laut einem vom Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und den Volkskommissaren für Nahrungsmittelfragen und Transportwesen gezeichneten Telegramm vom 16. Oktober 1920 den „Kampfauftrag“ erfüllen, „in der Zeit vom 18.–25. Oktober drei Züge Getreide mit jeweils 35 Waggons zu beladen und nach Moskau an die Adresse des Volkskommissariats für Nahrungsmittelfragen zu schicken“. Das Telegramm endete mit den Worten: „Wir bekräftigen noch einmal kategorisch die Notwendigkeit, die genannten Züge über den Plan hinaus zu schicken.“<sup>68</sup> Es macht einen geradezu sprachlos, mit welcher Hartnäckigkeit der Kreml an der Überzeugung festhielt, dass sich aus dem Autonomen Gebiet der Wolgadeutschen (wie auch aus allen anderen Agrarregionen des Landes) unbegrenzte Mengen Lebensmittel herauspressen ließen, wenn man nur genug Druck ausübe.

64 GANISO, f. 1, op. 1, d. 6, l. 224.

65 In diesem Fall ist von dem gleichen Revolutionsrat der Arbeitsarmee die Rede.

66 GANISO, f. 1, op. 1, d. 22, l. 92 ob.

67 Ebenda, d. 6, l. 142, 249.

68 Ebenda, l. 290. Telegramm vgl. Vladimir I. Lenin: Biografičeskaja chronika [Biografische Chronik], Bd. 9, Moskva 1978, S. 377.

Welche fatalen Folgen eine solche Politik in der Praxis für die landwirtschaftlichen Regionen hatte, lässt sich z.B. einem Schreiben des Mitglieds des Gebietsexekutivkomitees Jakob Suppes entnehmen, das dieser aus dem Dorf Frank an das ZK der VKP(b) richtete:

„Die Lage vor Ort ist verzweifelt [...]. Die Sowjets sind angesichts der offenkundig nicht zu erfüllenden Forderungen unserer Lebensmittelorgane konsterniert und wissen weder ein noch aus. Niemand versteht, was da passiert, und selbst die bewährtesten Mitarbeiter lassen die Köpfe hängen [...]. Die geforderten Getreideablieferungsmengen sind so hoch, dass sie ganz offensichtlich die Gesamternte dieser Dörfer übersteigen. Die Dorfsowjets wurden vom Lebensmittelkommissar des Rayons unter Androhung von Verhaftungen und Übergabe an das Revolutionstribunal der Republik angewiesen, unverzüglich die Ablieferung durchzuführen und diese um jeden Preis zu erfüllen. Die Dorfsowjets wissen nicht aus noch ein. Sie wissen nicht, woran sie sich bei einer Ablieferungsmenge halten sollten, die offenkundig nicht geerntet werden kann [...]. Warum provozieren wir einen Aufstand?“<sup>69</sup>

Im Sommer und Herbst 1920 wurden aus dem Autonomen Gebiet 4,1 Mio. Pud Getreide ausgeführt, die auf die bis zum 15. Juli nicht erfüllte Ablieferungsmenge aus der Ernte des Jahres 1919 angerechnet wurden. Da die geforderte Ablieferungsmenge nicht vollständig durch die Ernte des Vorjahres abgedeckt werden konnte, wurde ein erheblicher Teil der Lieferung aus der laufenden Ernte bedient. Zugleich ging eine neue Lieferanweisung für die Ernte des Jahres 1920 ein, die keinerlei Rücksicht auf die Missernte und die Verschlechterung der Versorgungslage im Autonomen Gebiet selbst nahm. Hier nur einige Zahlen aus dieser Lieferanweisung: Getreide und Grütze – 9,8 Mio. Pud (1,3 Mio. mehr als im Erntejahr 1919!), Kartoffeln – 300 000 Pud, Ölsamen – 150 000 Pud, Kohl – 200 000 Pud, Zwiebeln – 80 000 Pud, Gemüse – 200 000 Pud. Darüber hinaus 259 300 Pud Fleisch, 17 200 Pud Geflügel, 45 000 Stück Felle und 20 000 Stück Schafsfelle.<sup>70</sup>

Ungeachtet gewaltiger Anstrengungen und Opfer und extrem harter Repressionen wurde die neue Ablieferungsanweisung nur überaus schleppend erfüllt, da die Möglichkeiten der Bauernschaft schon zuvor bis zum Äußersten ausgereizt waren. Nach Stand zum 20. November 1920 waren die neuen Ablieferungsmengen in folgendem Umfang erfüllt: Getreide – 4,5 Prozent, Kartoffeln – 53,8 Prozent, Ölsamen – 0,5 Prozent, Kohl – 5 Prozent, Geflügel – 2 Prozent; bei den weiteren Posten lag sie praktisch bei Null. Fehlende Packmittel (Säcke, Kisten usw.) und der schlechte Zustand des Transportwesens und der Straßen führten zu riesigen Verlusten beim Transport. So gingen z.B. 70 Prozent des Pflanzenöls und der Eier durch Auslaufen bzw. Bruch beim Transport verloren.<sup>71</sup>

Da sich den Bauern mit den zur Verfügung stehenden eigenen Kräften nichts mehr abpressen ließ und die Lebensmittelabgabe nur äußerst schleppend voranging, wurde auf Bitten der Gebietsführung der deutschen Autonomie ein großes (über 500 Mann starkes) und gut bewaffnetes, aus Arbeitern zusammengestelltes Requirierungskommando aus Tula entsandt, dessen Tätigkeit auf dem Territorium des Autonomen Gebiets eines der düstersten

69 GANISO, f. 1, op. 1, d. 6, l. 197.

70 Ebenda, l. 322.

71 Ebenda, l. 224.

Kapitel der Geschichte der dortigen Bauernschaft einleitete. In den Wintermonaten 1920/21 wurden unter massivem Gewalteininsatz auch die allerletzten Getreidevorräte bei den Bauern beschlagnahmt. Das Vorgehen des Tulaer Requirierungskommandos ließ die Wirtschaft im Gebiet endgültig zusammenbrechen, führte zu Massenhunger und provozierte zahlreiche Aufstände der verzweifelten Bauern.

Zur Untersuchung des im deutschen Gebiet entstandenen Notstands kam im April 1921 eine Kommission des Allrussischen Zentralerekutivkomitees der RSFSR in das Autonome Gebiet, der auch Vertreter des Volkskommissariats für Nahrungsmittelfragen und der Deutschen Sektion des ZK der RKP(b) angehörten. Die bis heute erhaltenen Untersuchungsmaterialien vermitteln eine sehr plastische Anschauung der mit der Ankunft des „Tulaer“ Requirierungskommandos eingetretenen Situation. So schilderte der vom Zentrum installierte Gebietskommissar für Nahrungsmittelfragen Bronislav Volodko die im Autonomen Gebiet bestehende Lage und die Rolle des Tulaer Requirierungskommandos folgendermaßen:

„Die aufgrund eines Schreibens des ZK der RKP(b) erfolgte Mobilisierung der Kommunisten brachte keine spürbaren Resultate, die eigens eingerichteten, der Lebensmittelbeschaffung gewidmeten Kurse haben auch nichts gebracht. Die örtlichen [deutschen; A. G.] Parteimitarbeiter waren, egal ob sie von der Partei aufgestellt oder von den Kursen an die Lebensmittelorgane überstellt waren, einfach zu dumm [sic]. [...] Mit der Ankunft der Tulaer kam Dampf in den Kessel [...]. Sie wurden sofort losgeschickt, um die Lebensmittelkomitees der Rayone, die dort eine Art von Politkomitees darstellen, anzuleiten [...]. Sie haben versteckte Vorräte ausgegraben oder in Öfen und Ställen usw. aufgespürt [...]. In Rayonen, die [zuvor] neun Pfund pro Desjatine abgeliefert hatten, konnten dank der Anstrengungen der Tulaer bis zu 15% der geforderten Ablieferungsmengen eingebracht werden. Dabei wurden freilich auch Verhaftungen und Konfiskationen vorgenommen [...].“<sup>72</sup>

Volodkos Worte werden durch die folgenden Zahlen bestätigt:

Tab. 1:<sup>73</sup> „Beitrag“ des Tulaer Requirierungskommandos zur Erfüllung der Ablieferungspflicht

<b>Ortschaft des Autonomen Gebiets der Wolgadeutschen</b>	<b>vor der Ankunft des Tulaer Kommandos beschafftes Getreide (in Tausend Pud)</b>	<b>vom Tulaer Kommando beschafftes Getreide (in Tausend Pud)</b>
Krasnyj Jar	30	94,6
Vol'skoe (Kukkus)	100	99,3
Marxstadt	60	158,4
Golyj Karamyš (Balzer)	40	157
Rovnoe (Seelmann)	–	140
Frank	38	140
Kamenka	–	51

<sup>72</sup> Ebenda, d. 29, I. 175-176.

<sup>73</sup> Ebenda.

Mit welchen Methoden dieses Getreide bei den halb verhungerten Bauern eingetrieben wurde, lässt sich aus den Aussagen des Führers des Requirierungskommandos Popov schließen: „Wir haben nur wenige Beschlagnahmungen und dafür mehr Verhaftungen vorgenommen, weil wir der Meinung waren, dass es nicht vorteilhaft sei, die Bauernwirtschaften in den Ruin zu treiben. Und durch die Verhaftungen haben wir größere Erfolge erzielt als durch Beschlagnahmungen.“<sup>74</sup>

Die Aktionen, bei denen das Tulaer Requirierungskommando den Bauern Getreide abpresste, gingen mit zahlreichen Gewaltakten und Plünderungen einher. So bestätigte eine vom VCIK eingesetzte Untersuchungskommission, dass Bauern ausgepeitscht und schwangere Frauen geschlagen worden seien. Popov selbst gab in einem Fall zu, 90 verhaftete Bauern zur Abschreckung Scheinhinrichtungen unterzogen zu haben (man hatte sie mit verbundenen Augen an die Wand gestellt und dann über ihre Köpfe hinweg geschossen): „Die Maßnahme brachte das bekannte Resultat.“<sup>75</sup> Popov wies die gegen ihn als Kommandeur des Kommandos erhobenen Anschuldigungen zurück, schloss aber nicht aus, dass „einige Mitglieder der Tulaer Gruppe“ Untaten verübt haben könnten, von denen er keine Kenntnis gehabt habe.

Die traurigen Folgen der von dem Tulaer Requirierungskommando verrichteten Arbeit schilderte der Kommission des VCIK der wieder eingesetzte Vorsitzende des Gebietsexekutivkomitees Alexander Moor, der nebenbei auch die Gründe der von Volodko konstatierten angeblichen „Dummheit“ der den Reihen der Wolgadeutschen entstammenden örtlichen Kommunisten nannte:

„Es kann nicht überraschen, dass die dem Lebensmittelkomitee des Gouvernements überstellten Parteiarbeiter die Kampagne nur passiv durchgeführt haben, [denn] sie sahen die offensichtlichen Ungereimtheiten. Das Getreide musste um jeden Preis ohne Rücksicht auf irgendwelche Normen eingebracht werden. Natürlich konnten einige Parteiarbeiter diese Direktiven nicht verdauen [...]. Wenn genug Getreide da gewesen wäre, hätte man es auch ohne das Tulaer Kommando einholen können. Natürlich hat das Kommando die bekannte Menge Getreide aus den Dörfern herausgeholt, aber dafür haben wir jetzt zahlreiche Dörfer, in denen es überhaupt kein Getreide mehr gibt. Unsere Felder liegen größtenteils ohne Aussaat brach, weil die Bauern bis zum Letzten geschröpft und die Scheunen mit dem Besen ausgefegt wurden. Eine solche Arbeit entspricht kaum den allgemeinen Staatsinteressen.“

Den Grund für den im Autonomen Gebiet entstandenen Notstand benannte A. Moor unmissverständlich:

„Das Zentrum vertrat den Standpunkt, dass man aus dem Gebiet alles herauspressen müsse, was irgendwie möglich ist. Alle Appelle fruchteten nicht. Das war schon daran zu erkennen, dass die aus dem Zentrum kommenden Genossen die Vorstellung hatten, dass es hier unerschöpfliche Getreidevorräte gebe. Alle Versuche der örtlichen Genossen, die Ortsfremden davon zu überzeugen, dass ihre Vorstellung falsch

74 Ebenda.

75 Ebenda, I. 177.

sei, wurden mit dem Vorwurf gekontert, dass sie Lokalegoisten seien und die Arbeit der Lebensmittelkonferenz nicht unterstützen wollten. Guckt euch an, wer in der Lebensmittelkonferenz des Gouvernements saß: Die Genossen Pakun,<sup>76</sup> Volodko,<sup>77</sup> Bejnč<sup>78</sup> und erst in letzter Zeit ich, und noch der Sekretär des Gouvernementskomitees<sup>79</sup> als weiterer Ortsansässiger. Die Mehrheit stellten auswärtige Genossen, in deren Händen auch die Führung lag, was zum Ergebnis hatte, dass ein wahnwitziger Druck ausgeübt wurde.“<sup>80</sup>

Das Gesagte bedarf keiner weiteren Kommentare. Allein in den Jahren des Bürgerkriegs wurden aus dem kleinen Gebiet der Wolgadeutschen über 37 Mio. Pud (606 Tsd. Tonnen) Getreide ausgeführt. Zum Vergleich lässt sich sagen, dass im Gebiet Tambov etwa 12 Mio. Pud (196,6 Tsd. Tonnen) ausreichten, um dort den Aufstand auszulösen. 1921 waren auch die allerletzten im Gebiet vorhandenen Lebensmittelvorräte aufgebraucht. Ungeachtet dessen wurde die Ausfuhr von Getreide und anderen Lebensmitteln, wie bereits erwähnt, auch in den ersten Monaten des Jahres 1921 noch fortgesetzt. Insgesamt wurden im Hungerjahr 1921 (bis zur neuen Ernte) über 1 Mio. Pud (16,4 Tsd. Tonnen) Getreide aus der deutschen Autonomie ausgeführt.<sup>81</sup> Zusätzlich verschärft wurde die Lage durch den Umstand, dass das deutsche Gebiet auf Weisung der Regierung vom 15. Februar 1921 an auf die völlige Selbstversorgung umgestellt wurde, d.h. jegliche staatliche Hilfe verlor. Zugleich bestanden die Ablieferungsnormen unvermindert weiter.<sup>82</sup> Noch darüber wiesen die Vorsitzenden des Rats für Arbeit und Verteidigung (Lenin) und des Allunions-Zentralrats der Gewerkschaften (Michail P. Tomskij) Ende Mai die Gebietsführung telegrafisch an, unverzüglich Saatgetreide zu liefern. Diese weigerte sich allerdings unter Verweis auf die im Gebiet der Wolgadeutschen bestehende Notsituation, dieser Forderung nachzukommen. Gemeint war die Hungersnot und der aufflammende gewaltige Bauernaufstand.

## 5. Bauernkrieg im Gebiet der Wolgadeutschen

Auch wenn im Autonomen Gebiet der Wolgadeutschen (wie an anderen Orten auch) alle Voraussetzungen für Bauernunruhen gegeben waren, entstand die Aufstandsbewegung dort nicht eigenständig, sondern wurde durch Vorstöße aus dem Bezirk Ust'-Medvedickaja (Gebiet der Donkosaken) kommender Aufstandsverbände von außen in das Gebiet hineingetragen. Am tragischsten endete für das Autonome Gebiet der Wolgadeutschen der dritte

76 Vasilij Pakun – von Oktober 1920 bis März 1921 Vorsitzender des Gebietsexekutivkomitees des Gebiets der Wolgadeutschen (wurde aus Moskau auf diesen Posten entsandt).

77 Bronislav Volodko – von Oktober 1920 bis März 1921 Nahrungsmittelkommissar des Gebiets der Wolgadeutschen (wurde aus Moskau auf diesen Posten entsandt).

78 Abram Bejnč – von Oktober 1920 bis März 1921 Vertreter des Volkskommissars für Nahrungsmittelfragen im Gebiet der Wolgadeutschen.

79 Gemeint ist Heinrich König, der von März 1921 an Verantwortlicher Sekretär des Gebietspartei-komitees der RKP(b) des Gebiets der Wolgadeutschen war.

80 Ebenda, I. 177.

81 Vgl. Ė. Gross: Avtonomnaja Socialističeskaja Sovetskaja Respublika Nemcev Povolž'ja [Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen], Pokrovsk 1926, S. 22.

82 GANISO, f. 1, op. 1, d. 4, č. 1, I. 17.

Vorstoß der Aufständischen, den der „Kommandeur der Aufstandstruppen“ und ehemalige Rayonskommissar für Nahrungsmittelfragen Michail Pjatakow<sup>83</sup> anführte.

Anfang März hatte sich eine Einheit der Aufständischen unbemerkt dem Rayonszentrum Rovnoe genähert und dieses in der Nacht auf den 17. März eingenommen. Die Aufständischen töteten über 100 Menschen, bei denen es sich größtenteils um Kommunisten, deren Familienangehörige, Sowjet-, Gewerkschafts- und Komsomolkader, Rotarmisten und Milizionäre handelte. An den Racheaktionen war auch ein Teil der ortsansässigen Bevölkerung beteiligt. Am Abend des 17. März wählten die Bewohner der Stadt auf einer allgemeinen Versammlung einen sogenannten Fünfferrat als neues Führungsorgan, auch wenn die reale Macht bei Pjatakow lag, der Rovnoe zum Zentrum des Kampfes gegen die Sowjetmacht auf dem Territorium des Autonomen Gebiets machte.<sup>84</sup>

Am 18. März erging der Befehl, „im Namen der endgültigen Befreiung der werktätigen Bevölkerung vom Joch der kommunistischen Schinder und Kommissare [...] unverzüglich die Siedlungen der Oberen, Mittleren und Unteren Rayone zum Aufstand zu erheben“. (Es folgte eine Aufzählung aller im Bezirk Rovnoe gelegenen Dörfer.<sup>85</sup>) Am 19. März stürzten aus Staraja Poltavka, Char'kovka und anderen russischen Dörfern kommende Aufstandseinheiten mit Unterstützung eines Teils der Kolonisten in mehreren im Süden des Bezirks Rovnoe gelegenen Kolonien die Sowjetmacht. Auch wenn ein Teil der Kolonisten den Aufständischen politisch nahestand, waren es weniger deren politische Losungen, die ihnen die Unterstützung sicherten, als vielmehr der Aufruf der Führung der Aufstandsbewegung, die Kornspeicher zu stürmen und das dort lagernde Getreide unter den Bauern zu verteilen. Noch am gleichen Tag wurden in den russischen und deutschen Dörfern in aller Eile Kommandos aufgestellt, die die Bahnstation Gmelinskaja einnahmen und die dort aufgeschütteten großen Getreidevorräte in ihre Dörfer abzutransportieren begannen.<sup>86</sup>

Offenbar ohne genaue Vorstellung vom Ausmaß des beginnenden Aufstands stellte das Revolutionskomitee ein gerade einmal 100 Mann starkes Kommando zusammen, das in Richtung Rovnoe vorrücken sollte, um sich in Neu-Tarlyk mit den Roten Einheiten des Balzerer Revolutionskomitees zusammenzuschließen und gemeinsam Rovnoe einzunehmen.<sup>87</sup> Doch das Kommando konnte gar nicht erst in die Kampfhandlungen eingreifen, da es in der Nacht auf den 22. März bei einem plötzlichen Angriff einer gut bewaffneten Kavallerieeinheit der Aufständischen vollständig vernichtet wurde.

Die Kunde von der Zerschlagung des Neu-Tarlyker Roten Kommandos verbreitete sich wie ein Lauffeuer in den deutschen Dörfern und wurde nach und nach mit immer neuen

83 Im Zusammenhang mit der bäuerlichen Aufstandsbewegung des Jahres 1921 fällt auf, dass viele Kommandeure der Aufständischen frühere Kommandeure der Roten Armee oder bolschewistische Lebensmittelpolitiker der niederen Ränge waren. Die bekannteste Figur war der Anführer des Bauernaufstands im Gouvernement Tambov Antonov. Diese Leute, die im Dorf geboren und aufgewachsen waren, waren mit der bäuerlichen Arbeit vertraut und kannten den wahren Stand der Dinge, was Nahrungsmittel betraf. Die bolschewistische Lebensmittelkampagne, die 1921 die Form einer offenen Ausraubung annahm und mit Terrormethoden umgesetzt wurde, konnten sie nicht verwinden. Ihre Ansichten änderten sich, sie liefen zu den Bauern über und führten deren Widerstand an.

84 GANISO, f. 1, op. 1, d. 39a, l. 26-30.

85 Ebenda, d. 118, l. 9.

86 Ebenda, d. 39a, l. 45.

87 Neu-Tarlyk – heute Tarlyk (Rayon Rovnoe, Gebiet Saratov).

Gerüchten und Übertreibungen ausgeschmückt. Die Nachricht, dass es den Aufständischen gelungen war, das Rotarmisten-Kommando in Neu-Tarlyk zu schlagen, war praktisch die Initialzündung des großen Bauernaufstands, der sich vom Großdorf Mariental<sup>88</sup> aus auf den gesamten Bezirk Marxstadt ausbreitete. Eine Reihe von Dokumenten belegt, dass der Marientaler Aufstand im Voraus von Agenten Pjatakovs vorbereitet worden war.<sup>89</sup> In den folgenden Tagen griff der Aufstand auf Podstepnoje, Krutojarovka, Raskaty, Susly, Starica, Lugovaja Grjaznucha, Lipov Kut, Lipovka<sup>90</sup> und einige weitere Dörfer über. Das Szenario war überall das gleiche: Nach Ankunft der Abgesandten Pjatakovs und kurzer Agitation bewaffneten sich die der bolschewistischen Macht gegenüber unversöhnlich gestimmten Bauern mit allem, was sie finden konnten (Gewehre, Äxte, Forken usw.), verwüsteten den örtlichen Sowjet, metzelten die Widerstand leistenden Vertreter der Staatsmacht nieder und gründeten in Form sogenannter revolutionärer Troikas ihre eigene Macht, deren erste Handlung darin bestand, die Getreideaufschüttungspunkte und Kornspeicher zu stürmen und das dort lagernde Getreide unter den Bauern zu verteilen.

Angesichts der Tatsache, dass es aufgrund der begrenzten eigenen militärischen Kräfte nahezu aussichtslos war, die Kontrolle über das gesamte Territorium des Gebiets der Wolgadeutschen zu halten, konzentrierte das Revolutionskomitee des Gebiets alle vorhandenen Kräfte in Marxstadt<sup>91</sup> und organisierte dort die Verteidigung der Stadt. In den nahe gelegenen Dörfern und an den Zufahrtswegen nach Marxstadt wurden Posten und Beobachtungspunkte errichtet, in der Umgebung der Stadt patrouillierten Reiter. Durch häufige Ausfälle in Richtung der rebellierenden Dörfer wurde ein Übergreifen der Aufstände auf die in der Nähe von Marxstadt gelegenen Dörfer verhindert. Zugleich wurde den Aufständischen der Weg in die nördlich von Marxstadt am Wolgaufer gelegenen Dörfer (von Obermonjou bis Glarus und Schaffhausen)<sup>92</sup> abgeschnitten, wo die Lage ebenfalls äußerst angespannt war (z.B. in Unterwalden)<sup>93</sup> und es zu vereinzelt Aufständen hungernder Bauern kam. Nicht weniger dramatisch entwickelte sich die Lage in dem auf dem rechten Wolgaufer gelegenen Bezirk Balzer, wo sich zum 20. März praktisch alle Dörfer in den Händen der Aufständischen befanden und das Bezirkszentrum belagert wurde.

So kontrollierten auswärtige und einheimische aufständische Bauern Ende März einen erheblichen Teil des Autonomen Gebiets der Wolgadeutschen und hätten bloß unter Ausnutzung ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit ihre Kräfte konzentrieren müssen, um Marxstadt und Balzer einzunehmen und das gesamte Gebiet in ihre Hände zu bringen. Aber dazu sollte es nicht kommen, da die rebellierende bäuerliche Masse letztlich zu heterogen war. Sehr schnell sollte sich zeigen, dass zwischen den örtlichen Bauern und den von jenseits der Wolga kommenden Verbänden gravierende Gegensätze bestanden. So sorgte die Tatsache, dass die Truppen Pjatakovs in einigen Fällen das in den geplünderten Kornspeichern lagern-

88 Mariental (Tonkošurovka) – heute Sovetskoe (Rayon Sovetskoe, Gebiet Saratov).

89 GANISO, f. 1, op. 1, d. 16, l. 14.

90 Lugovaja Grjaznucha – heute Lugovskoe. Lipov Kut – existiert nicht mehr. Die übrigen Dörfer haben ihre Namen behalten und liegen in den Rayonen Engels und Sovetskoe (Gebiet Saratov).

91 Von Mai 1919 bis Juli 1922 war Marxstadt das Verwaltungszentrum des Gebiets der Wolgadeutschen.

92 Heutige Namen dieser im Rayon Marx (Gebiet Saratov) gelegenen Ortschaften: Krivovskoe, Georgievka, Volkovo.

93 Unterwalden – heute Podlesnoe (Rayon Marx, Gebiet Saratov).



de Getreide aus dem Gebiet der Wolgadeutschen ausführten, bei den örtlichen Bauern für große Empörung. Darüber hinaus kam es immer häufiger vor, dass Bauern offen ausgeraubt oder Opfer gewöhnlicher Straftaten wurden.

Statt wie erhofft nach einem siegreichen Aufstand an Getreide zu kommen und sich in Frieden wieder der landwirtschaftlichen Arbeit widmen zu können, um die frühjährliche Aussaat vorzubereiten, sahen sich die Bauern in eine neuerliche Spirale der Gewalt gezogen und wurden zum Opfer eines Spiels der politischen Kräfte. Endgültig kippte die Stimmung, als die Bauern erfuhren, dass die Abgabepflicht durch eine Naturalsteuer ersetzt und einige Sondermaßnahmen des „Kriegskommunismus“ abgeschafft werden sollten. Am 22. März wurde das Gebietspartei-Komitee der RKP(b) in einem von Lenin, Cjurupa, Osinskij<sup>94</sup> und Molotov<sup>95</sup> gezeichneten Telegramm angewiesen, alle Verbote von Kauf, Verkauf und Transport von Saatgetreide innerhalb einer Frist von einem Monat aufzuheben,<sup>96</sup> woraufhin das Gebietsrevolutionskomitee am 24. März den Befehl ausgab, den „bedürftigen Bauern des Gebiets das volle Recht auf freien Ankauf und Transport von Saatgetreide vor Ort“ zu gewähren.<sup>97</sup>

Parallel zu den politischen wurden in Marxstadt auch militärische Maßnahmen zur Niederschlagung des Aufstands ergriffen. So wurde aus mehreren gut bewaffneten, in Marxstadt und Umgebung stationierten Einheiten eine Kampfgruppe aufgestellt, deren „Kommando“ dem früheren Kommandeur des 1. Katharinenstädter Kommunistischen Deutschen Regiments Heinrich Fuchs übertragen wurde. Im Zuge der am Abend des 26. März eingeleiteten, gegen die Aufständischen gerichteten Offensive sollten bis zum 3. April nach und nach alle am Marientaler Aufstand beteiligten Dörfer eingenommen werden. Der in Mariental ansässige „Stab der Ostfront der aufständischen hungernden Bauern“ verkündete die Mobilisierung aller in den aufständischen Dörfern lebenden Männer im Alter von 18 bis 45 Jahren und drohte zugleich allen, die sich dem Befehl verweigerten, „Strafen bis hin zur Erschießung“ an.<sup>98</sup> Am gleichen Tag erhielt der Marientaler Stab der Aufständischen von Pjatakow den Befehl, schnellstmöglich zwei bewaffnete Kavallerieeinheiten aufzustellen und zu ihm nach Rovnoe zu schicken, was sich aber schon nicht mehr umsetzen ließ, da alle vorhandenen Kräfte durch Selbstverteidigung gebunden waren. Am 30. und 31. März versuchte die militärische Führung der Aufständischen unter Ausnutzung des Umstands, dass die Roten Kräfte ihren Vormarsch gestoppt hatten, fieberhaft, die Verteidigung der in ihren Händen verbliebenen Dörfer zu organisieren. Bauern jeglichen Alters (einschließlich von Heranwachsenden) wurden gewaltsam mobilisiert und unter Androhung von Erschießungen gezwungen, Schützengräben auszuheben und Verteidigungsstellungen um die Dörfer zu halten. Da viele dieser Bauern praktisch ohne Waffen in den Kampf geschickt wurden, erlitten die Aufständischen im Kampf gegen die gut bewaffneten Einheiten der sowjetischen Truppen (die über Maschinengewehre und sogar Artillerie verfügten) gewaltige Verluste.

94 Valerian V. Osinskij (Obolenskij) – war in den Jahren 1920/21 Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats für Nahrungsmittelfragen. Im März 1921 wurde er zum Stellvertretenden Volkskommissar für Landwirtschaft berufen.

95 Vjačeslav M. Molotov – vom 16.3.1921 an Sekretär des ZK der RKP(b). Ab den 1930er Jahren hochrangiges Mitglied der Sowjetführung.

96 GANISO, f. 1, op. 1, d. 38i, l. 176.

97 Ebenda, d. 129, l. 74.

98 Ebenda, l. 117.

Am Morgen des 1. April wurden die Kampfhandlungen wieder aufgenommen. Nach Einnahme dreier Dörfer näherte sich am Abend eine Unterabteilung der Roten Armee dem Dorf Krutojarovka und kesselte es ein. Eine handstreichartige Einnahme gelang allerdings nicht, da dieses letzte Dorf auf dem Weg nach Mariental gut befestigt und auf die Verteidigung vorbereitet war. Um das Dorf herum hatten die Aufständischen Schützengräben ausgehoben und aus Fuhrwerken, Pflügen, Eggen und Sandsäcken Barrikaden errichtet. Der Sturm von Krutojarovka begann am 2. April tagsüber. Der erbitterte Kampf dauerte anderthalb Stunden und kostete 200 Aufständische das Leben. Die roten Truppen verloren nur einige wenige Männer. Noch am gleichen Tag (keine zwei Stunden später) mussten die Kräfte, die Krutojarovka eingenommen hatten, die Attacke einer aus Mariental kommenden aufständischen Reiterstaffel abwehren. An den Kämpfen in und um Krutojarovka waren aufseiten der Roten 315 Infanteristen und 98 Kavalleristen beteiligt, die über zwei Maschinengewehre und ein Drei-Zoll-Geschütz verfügten. Eben diese Kräfte attackierten am Folgetag (3. April) auch den letzten verbliebenen Stützpunkt der Aufständischen in Mariental. Das erbitterte Gefecht dauerte über drei Stunden. Einem den Kämpfen gewidmeten Bericht zufolge waren alle Straßen verbarrikadiert: „Hinter den Barrikaden waren [jeweils] ein oder zwei mit Gewehren und sechs bis zehn mit Forken bewaffnete Leute postiert. Bei den Kämpfen wurden nach vorläufigen Berechnungen 550 Menschen getötet [...]. Auf unserer Seite gab es keine Verluste. 400 Personen wurden verhaftet.“<sup>99</sup> Mit der Einnahme von Mariental war der Bauernaufstand im Bezirk Marxstadt vollständig niedergeschlagen.

Am 31. März setzten die rotgardistischen Kräfte ihre gegen die Aufständischen gerichtete Offensive im Bezirk Rovnoe fort. Nach und nach wurde der Ring der Roten Truppen um Rovnoe enger gezogen. Angesichts der bevorstehenden Niederlage räumte Pjatakow noch am 5. April mit seinem Stab Rovnoe und zog sich in südlicher Richtung in die russischen Dörfer zurück. In der Nacht auf den 10. April rückten die Roten in Rovnoe ein.<sup>100</sup> Nach der erfolgreichen Niederschlagung des Aufstands auf dem rechten Wolgaufer konnte das Gebiets-Revolutionsskomitee alle ihm zur Verfügung stehenden Kräfte auf der Bergseite (im Bezirk Balzer) konzentrieren und den Behörden des Bezirks bei der Niederschlagung der Aufstandsbewegung Hilfe leisten. Am 16. April berichtete das Revolutionsskomitee des Bezirks nach Marxstadt, dass der „gesamte Bezirk von Banden gesäubert“ sei.<sup>101</sup> So war die Aufstandsbewegung der Bauern Mitte April im gesamten Gebiet niedergeschlagen.

Unmittelbar nach der Niederschlagung des Bauernaufstands begannen in den aufständischen Dörfern die auswärtigen Verhandlungen des Revolutionstribunals, das gegen die an dem Aufstand Beteiligten harte Strafen verhängte. Allein in den im Bezirk Mariental gelegenen aufständischen Dörfern verurteilte das Tribunal 286 Personen zum Tod durch Erschießen, davon 74 in Mariental, 38 in Krutojarovka, 29 in Lipovka, 34 in Raskaty usw. Etwa 20 Erschossene hatten das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht, etwa 30 der zum Tode Verurteilten waren bereits jenseits der 60 und in einigen Fällen sogar älter als 70. Hunderte Aufstandsbeteiligte wurden zu Haft in dem in der Nähe von Marxstadt gelegenen Konzentrationslager verurteilt.<sup>102</sup> Der Besitz der Erschossenen und Verurteilten wurde konfisziert.

99 Ebenda, I. 90 f.

100 Ebenda, I. 96-99, 102, 114.

101 Ebenda, I. 117.

102 Ebenda, d. 119, I. 8, 15, 17, 27, 32-35; d. 16, I. 14.

Außerdem wurden gegen die an dem Aufstand beteiligten Dörfer auf Beschluss des Bezirks-Revolutionskomitees Strafen verschiedener Art verhängt. So wurde z.B. gegen 20 im Bezirk Golyj Karamyš gelegene Dörfer eine „Fleischstrafe“ in Höhe von 5 000 Pud verhängt, die nach dem „Grad der Schuld jedes Dorfes“ unter diesen aufgeteilt wurde.<sup>103</sup>

Die gegen die Aufständischen verhängten drakonischen Strafen waren einer der Hauptgründe dafür, dass im Autonomen Gebiet der Wolgadeutschen wie übrigens auch in anderen von den Bauernaufständen betroffenen Gouvernements das Bandenwesen um sich griff. Zahlreiche an den Aufständen beteiligte Bauern hatten Angst, in ihre Dörfer zurückzukehren und zogen es vor, bei den Resten der zerschlagenen Aufstandsverbände zu bleiben, aus denen sich in der Regel nicht miteinander verbundene Banden bildeten. Diese Banden, die Zusammenstößen mit regulären Einheiten der Roten Armee aus dem Weg zu gehen versuchten und größere Dörfer mieden, waren auf dem Territorium des Deutschen Gebiets und der angrenzenden Gouvernements aktiv und wurden mit der Zeit zu kriminellen Elementen, die abgelegene kleinere Dörfer und Einzelgehöfte terrorisierten und Straßenraub betrieben.

Unter dem Bandenwesen hatte die gesamte Bevölkerung zu leiden, da dessen Bekämpfung Kräfte band, die dringend gebraucht wurden, um die Folgen von Hunger und Zusammenbruch zu überwinden, die Wirtschaft wiederaufzubauen und nach der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik zu einem geregelten Alltag zurückzukehren. So aber waren die Führungsorgane der Deutschen Autonomie im Verlauf des gesamten Jahres 1921 und eines großen Teils des Jahres 1922 vor allem damit beschäftigt, die Banden auszuschalten.

Am 29. April beschloss das Gebiets-Revolutionskomitee eigene auf die Bekämpfung des Bandenwesens spezialisierte Kampfseinheiten aufzustellen. Aufgrund der für diese Kommandos verfassten Geheiminstruktion ist davon auszugehen, dass die Behörden noch immer hauptsächlich auf Strafmaßnahmen setzten. Auch wenn diese ausschließlich aus Kommunisten zusammengestellten Kommandos gut bewaffnet und ausgerüstet waren, sollten sie keineswegs den offenen Kampf mit den Banden suchen, um diese zu zerschlagen, sondern vor allem „prophylaktische Arbeit“ betreiben.

Konkret hieß dies, dass die Kommandos bei ihrer Ankunft im Dorf vor allem herausfinden sollten, wer „freiwillig zu den Banditen gegangen“ war, und anschließend mit den Familien dieser Personen „arbeiten“. So hieß es z.B. in der Instruktion:

„Bauernfamilien, deren Oberhaupt freiwillig und bewusst zu den Banditen gegangen ist und sich sogar jetzt noch am Kampf gegen Partei und Staatsmacht beteiligt, unterliegen der Isolierung im Konzentrationslager, um ihrem Einfluss auf andere ein Ende zu setzen und ihnen die Möglichkeit zu nehmen, die Banditen über die Lage im jeweiligen Rayon zu informieren. Wird festgestellt, dass Verwandte mit den Gegangenen in Verbindung stehen, sind gegen diese die gleichen Prohibitivmaßnahmen zur Anwendung zu bringen [...].“<sup>104</sup>

So setzte das Revolutionskomitee bei der Bekämpfung des Bandenwesens letztlich auf ein System der Geiselnahme, das bereits in den Jahren des Bürgerkriegs Verbreitung gefunden

103 Ebenda, d. 16, l. 15.

104 Ebenda, l. 13.

hatte. Die ethisch-moralischen Unzulänglichkeiten solcher Maßnahmen wurden durch die „revolutionäre Zweckmäßigkeit“ gerechtfertigt.

In der Praxis sollte sich zeigen, dass die vom Gebiets-Revolutionskomitee ergriffenen Maßnahmen häufig das Gegenteil des Intendierten bewirkten. Die gegen unschuldige Angehörige der Bandenmitglieder verübten ungerechtfertigten Gewaltakte brachten nicht nur keine Erfolge, sondern stärkten sogar die Banden, die im Herbst 1921 ihrerseits immer brutaler vorgingen und durch ihre Aktionen nicht nur die Einbringung der ohnehin schon sehr dürftigen Ernte, sondern auch die Ausbringung der Wintersaat für die Ernte des kommenden Jahres massiv zu beeinträchtigen drohten.

Da das Problem des um sich greifenden Bandenwesens fast alle Gouvernements des Wolgagebiets betraf, übertrug die Sowjetregierung dessen Bekämpfung dem Kommando des Militärbezirks der Wolgaregion, das in dieser Frage eng mit den lokalen Machtorganen und den Territorialorganen der VČK zusammenarbeiten sollte.<sup>105</sup> In das Aktionsgebiet der Banden wurden reguläre Einheiten der Roten Armee und Bataillone der VČK geschickt.

Bei den örtlichen Machtorganen aller Ebenen (Gouvernement, Bezirk, Amtsbezirk, Stadt, Dorf) wurden spezielle Kommissionen eingerichtet, die in den ihnen unterstellten Territorien für die Bandenbekämpfung zuständig sein sollten. Neben den bereits zuvor zur Anwendung gekommenen Formen (Agitation, Einbringung von Informationen über die Banden, Repressionen gegen Angehörige der Bandenmitglieder oder Personen, die diesen Unterschlupf boten oder auf andere Weise halfen) wurde Bandenmitgliedern, die sich freiwillig stellten, eine Amnestie in Aussicht gestellt.<sup>106</sup>

Auch wenn diese Amnestie an zahlreiche Bedingungen geknüpft war, trug sie doch sehr bald Früchte: So entschieden sich immer mehr Bandenmitglieder zur freiwilligen Aufgabe. Am 29. Oktober stellte sich im Bezirk Rovnoe nach kurzen Verhandlungen mit den örtlichen Behörden die gesamte Bande von Alexander Seelmann [Zel'man], die noch kurz zuvor erhebliches Unwesen getrieben hatte. Im weiteren Verlauf der Ereignisse leistete Seelmann der Bezirkskommission zur Bekämpfung des Bandenwesens große Hilfe, indem er als Mittler in Verhandlungen mit Anführern anderer Banden auftrat und wertvolle Informationen „über alle Details und Geheimnisse der Banditenorganisation“ lieferte.<sup>107</sup>

Im Herbst kam es häufiger vor, dass Dorfbewohner selbstständig Selbstschutzeinheiten aufstellten, mit deren Hilfe sowohl einzelne Bandenmitglieder als auch ganze Banden gefasst werden konnten. So nahm eine im Dorf Ährenfeld (Ėrenfel'd) aufgestellte Bauerneinheit die Bande von Michaelis gefangen und übergab sie den Bezirksorganen der VČK, woraufhin in diesem Rayon die Raubfälle und Morde aufhörten.

Dennoch gelang es 1921 nicht, das Bandenwesen vollständig auszumerzen, da eine neue Welle schrecklichen Hungers, die im Winter 1921/22 das Deutsche Gebiet heimsuchte, den Prozess bremste. Einzelne Banden terrorisierten auch weiterhin die örtliche Bevölkerung

105 VČK – Allrussische Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage. Organ der „Diktatur des Proletariats“ zum Schutz der Staatssicherheit der RSFSR, „führendes Organ der Bekämpfung der Konterrevolution auf dem Gebiet des gesamten Landes“, Hauptinstrument der Umsetzung des Roten Terrors – eines Komplexes von Strafmaßnahmen, die von den Bolschewiki im Zuge des Bürgerkriegs gegen die zu Klassenfeinden erklärten sozialen Gruppen und der konterrevolutionären Tätigkeit verdächtige Personen eingesetzt wurde.

106 GANISO, f. 1, op. 1, d. 151, l. 29.

107 Ebenda, d. 39a, l. 39 f.

und schreckten nicht einmal davor zurück, die aus anderen Landesteilen und dem Ausland eingehende Hungerhilfe auszurauben. So plünderte z.B. eine im Bezirk Rovnoe operierende Bande im Mai 1922 die Lebensmittellager der amerikanischen Hilfsorganisation ARA,<sup>108</sup> die sich um hungernde Kinder kümmerte.

Im Zuge der Überwindung des Hungers, der aufgrund der Umsetzung der Neuen Ökonomischen Politik einsetzenden wirtschaftlichen Gesundung und der Stärkung der Sowjetmacht verlor das Bandenwesen zum Herbst 1922 endgültig seine Stütze unter den Bauern und verschwand nach und nach ganz. Eine große Rolle spielte dabei die Tatsache, dass die Staatsmacht den Banditen entgegenkam, deren internierte Angehörige freiließ und ihnen die Möglichkeit bot, zur friedlichen Landarbeit zurückzukehren.

## 6. Hungersnot als Folge der Politik des „Kriegskommunismus“

Die Analyse von Archivquellen, Zeitungen und sonstigen Publikationen der frühen 1920er Jahre lässt den Schluss zu, dass der Ende 1920 im Autonomen Gebiet der Wolgadeutschen einsetzende Hunger mit unterschiedlicher Intensität bis in das Jahr 1925 andauerte. Die frühjährliche Aussaat des Jahres 1921 fand im Deutschen Gebiet faktisch nicht statt. Davon zeugt der in Tabelle 2 aufgeführte rapide Rückgang der Saatflächen für die verschiedenen landwirtschaftlichen Kulturen.

Tab. 2:<sup>109</sup> Verkleinerung der Saatflächen im Gebiet der Wolgadeutschen 1921

Landwirtschaftliche Kulturen	Saatfläche (in Desjatinen)		
	1920	1921	1921 in Relation zu 1920 (in %)
Roggen	158 500	130 077	82
Weizen	346 500	31 100	9
Hafer und Gerste	34 900	4 120	12
Kartoffeln	9 039	3 372	37

Der hohe Roggenanteil war dadurch bedingt, dass dessen Aussaat bereits im Herbst 1920 erfolgt war, als die Situation im Gebiet zwar schon angespannt, aber noch nicht so extrem zugespitzt war wie in den ersten Monaten des Jahres 1921. So gab es im Frühjahr infolge des Ansturms der Requirierungskommandos und der faktischen Plünderung des gesamten Saatguts im Zuge der Bauernaufstände praktisch nichts mehr, was hätte ausgesät werden können. Die Bauern säten die kümmerlichen Reste des im Gebiet verbliebenen Getreides aus, die unter Führung einer eigens vom Gebietsexekutivkomitee eingesetzten Kommission verteilt wurden. Natürlich bekamen längst nicht alle Getreide.

So war bereits im Frühjahr 1921 abzusehen, dass die herbstliche Ernte sehr karg ausfallen würde und dem Gebiet ein gravierendes Hungerproblem bevorstand. Just diese Frage war das zentrale Thema einer am 17./18. April einberufenen Sitzung, an der neben den zuständigen

108 Ebenda, I. 66. ARA (American Relief Administration) – nichtstaatliche US-amerikanische Hilfsorganisation, die den Hungernden in Russland in den Jahren 1921–1923 Hilfe leistete.

109 Gross, Avt[onomnaja] Soc[ialističeskaja] Resp[ublika] (wie Anm. 81), S. 23.

Mitarbeitern der Gebietsbehörden auch die Mitglieder einer zur Untersuchung der Notlage ins Gebiet entsandten Kommission des VCIK<sup>110</sup>, der Deutschen Sektion des ZK der RKP(b) und des Volkskommissariats für Nahrungsmittelfragen teilnahmen. Anschließend bereisten die Mitglieder der Kommission das Gebiet, um sich einen Überblick über die Lage vor Ort zu verschaffen, und sprachen am 26. April schließlich ihre endgültigen Entscheidungen und Empfehlungen aus, die eine plastische Vorstellung von der im Gebiet entstandenen Notlage vermitteln und im Folgenden ausschnittsweise zitiert werden sollen:

„1. Das Gebiet befindet sich in einer äußerst schwierigen ökonomischen und politischen Lage, die eine Folge der Missernte, der nicht erfolgten Aussaat, der Ablieferungspflicht, des Bandenwesens und der Aufstände darstellt [...].

6. Die bei der Lebensmittelbeschaffung zum Einsatz gekommenen Praktiken und insbesondere die Arbeit der weder mit der Sprache noch mit der Lebenswelt der Bevölkerung vertrauten Requirierungskommandos haben dem Gebiet einen gewaltigen politischen und ökonomischen Schaden zugefügt, wobei massenhafte Auswüchse und einzelne Verbrechen der Lebensmittelagenten zu konstatieren sind.

7. Das Zentrum wurde nicht korrekt über die ökonomische Lage des Gebiets informiert [...].“

Zur Überwindung der im Gebiet der Wolgadeutschen entstandenen Krise schlug die Kommission eine Reihe praktischer Maßnahmen wie z.B. die folgenden vor:

„15. Vom Volkskommissariat für Nahrungsmittelfragen eine Lieferanweisung für Gemüsesamen [sic] anfordern oder diese im Fall einer Absage auf dem freien Markt kaufen.

16. Keinen Druck ausüben und mit Blick auf die Ablieferung von Eiern, Butter usw. ein entsprechendes an die Lebensmittelkomitees der Rayone gerichtetes geheimes Rundschreiben herausgeben.

17. Einen Lebensmittelfonds anlegen, aus dem die Revolutionskomitees der Bezirke vom Hungertod bedrohten Familien Hilfe leisten können; Gesuche an das Zentrum richten, bestimmten Bevölkerungsgruppen Lebensmittelhilfe zu leisten [...].“<sup>111</sup>

Die von der Kommission gezogenen Schlüsse und Empfehlungen sind überaus aufschlussreich: Erstens wurde die im Gebiet der Wolgadeutschen herrschende Notlage in keiner Weise beschönigt, vielmehr wurde vorbehaltlos eingestanden, dass dort im April 1921 bereits eine Hungersnot herrschte und es erste Hungertote gab. Zweitens wurde unzweideutig eingeräumt, dass das Zentrum für den im Gebiet herrschenden Notstand verantwortlich war. Drittens wird klar, dass den Bauern selbst unter den gegebenen Umständen noch Lebensmittel abgepresst wurden. Allerdings blieben die von der Kommission gezogenen Schlüsse in der Praxis folgenlos. Das mit einer Vielzahl von Problemen belastete Zentrum hatte weder Zeit noch Interesse für das kleine Deutsche Gebiet.

110 VCIK (Allrussisches Zentralexekutivkomitee) – höchstes Arbeitsorgan der Legislative in der RSFSR in der Zeit zwischen den Allrussischen Sowjetkongressen.

111 GANISO, f. 1, op. 1, d. 29, l. 185, 187.

Zugleich spitzte sich die im Gebiet herrschende Lage weiter zu. So hieß es in einem Bericht des Gebietsexekutivkomitees im Juni 1921, dass bereits zu Neujahr 1921 in einer „gewaltigen Anzahl von Dörfern“ kein Getreide mehr gewesen sei. Die Bevölkerung war angesichts der ausbleibenden Hungerhilfe gezwungen, zunächst einen Teil und mit zunehmenden Hunger das gesamte Vieh zu schlachten. Ein kleinerer wohlhabender Teil der Bevölkerung konnte sich dank eigener Getreidereserven noch bis März/April halten und war dann ebenfalls gezwungen, das Vieh zu schlachten und Inventar und Haushaltsgeräte zu verkaufen:

„Im Moment lässt sich das folgende Bild zeichnen: Ein Großteil der Bevölkerung verhungert – Arm- und Mittelbauern, die ihr Inventar, ihren Besitz und sogar Wirtschaftsgebäude schon verkauft oder eingetauscht haben und absolut keine Möglichkeit haben, Getreide auf dem freien Markt zu kaufen, weil sie weder Geld noch irgendwelche Tauschwaren haben, die sie gegen Brot eintauschen könnten. Ein kleinerer, wohlhabenderer Teil der Bevölkerung kann heute nur überleben, weil er Raubbau an der eigenen Wirtschaft betreibt. Aufgrund der kolossalen Nachfrage nach Brot haben Inventar, Bauten, Maschinen, Kleidung und Schuhe fast ihren gesamten Wert verloren (eine Mähmaschine wird gegen ein Brot getauscht) [...].

Die Bevölkerung ernährt sich von verschiedenen Gräsern, Unkraut, Zwiebeln, Knoblauch, Aas, Hunden, Katzen, Ratten, Fröschen, Erdmännchen, Igel und in den an der Wolga gelegenen Dörfern von verendeten Fischen. Ein kleiner Teil der Bevölkerung isst das letzte verbliebene Milch- und Arbeitsvieh [...].“

In dem Bericht hieß es weiter, dass die Bevölkerung angesichts des Hungers und fehlender Ernteaussichten (geringe Aussaat und im Mai beginnende Dürre), ohne auf irgendeine Hilfe von außen zu hoffen, ihre Höfe verlasse und nach Sibirien, Turkestan, Kuban' usw. ziehe. Die Flucht beginne panische Züge anzunehmen und werde mit jedem Tag stärker. Allein aus dem Rayon Panino seien von Mai bis Anfang Juni 655 Familien (zehn Prozent der Bevölkerung) weggegangen.

In dem Bericht werden einige Zahlen angeführt, die das Ausmaß der Tragödie erkennen lassen. Im Rayon Panino waren zwischen Februar und Juni 498 Menschen und in dem im Bezirk Balzer gelegenen Dorf Anton (Sevast'janovka) im gleichen Zeitraum 510 Menschen verhungert. Im Dorf Niedermonjou forderte der Hunger an einem einzigen Tag im Juni zehn Menschenleben. Der Bericht schloss mit einem unzweideutigen Fazit: „Die Bevölkerung des Gebiets macht schrecklichsten Hunger durch. Es braucht eine gewaltige Nothilfe, andernfalls wird das Gebiet in einem solchen Maße zu Grunde gerichtet, dass es einige Dutzend Jahre brauchen wird, wieder auf die Beine zu kommen.“<sup>112</sup> So sollte es auch kommen. Weder der Gebietsführung noch den zentralen Organen der Staatsmacht gelang es, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Der Hunger nahm langsam, aber stetig zu, was sehr anschaulich aus Tabelle 3 hervorgeht.

112 Ebenda, d. 100, l. 38.

Tab. 3: Zunahme des Hungers im Gebiet der Wolgadeutschen 1921–1922<sup>113</sup>

Monat	Zahl der hungernden Haushalte	Anteil der hungernden Haushalte an der Gesamtbevölkerung (in %)
August	33 373	56,7
September	46 820	79,6
Oktober	52 630	89,5
November	55 117	93,7
Dezember	56 219	95,6
Januar	57 017	96,9

Ihren Höhepunkt erreichte die Hungersnot in den Monaten Februar, März und April 1922, als ausnahmslos alle Bewohner des Gebiets hungerten.

Nach ungefähren Berechnungen verhungerte fast ein Viertel der Bevölkerung des Deutschen Gebiets. Die Sowjetführung erwies sich als unfähig, ernsthafte Maßnahmen zur Bekämpfung des Hungers zu ergreifen. Es kamen zwar immer wieder Kommissionen aus dem Zentrum in das Gebiet, aber auch diese konnten das Elend nur dokumentieren, ohne den Hungernden effektive Hilfe zu leisten. Die Folgen des Hungers hätten noch katastrophaler ausfallen können, wenn nicht ausländische Hilfsorganisationen wie die American Relief Administration (ARA) und die zur Mission Fridtjof Nansens gehörende Organisation Save the Children International der Bevölkerung des autonomen Gebiets in den schwierigsten Monaten zu überleben geholfen hätten. Wie groß deren Anteil an den Hilfsmaßnahmen war, geht aus den in Tabelle 4 aufgeführten statistischen Angaben hervor.

Tab. 4: Von den internationalen Hilfsorganisationen ARA und STC im Gebiet der Wolgadeutschen geleistete Hilfe (Stand: Juni 1922)<sup>114</sup>

Bevölkerungskategorie	Zahl der Hungernden	Hilfsempfänger von ARA und STC	Anteil der von Hilfsleistungen erreichten hungernden Bevölkerung (in %)
Kinder	203 760	180 000	88
Erwachsene	272 634	255 864	93
insgesamt	476 394	435 864	91

Aus der Tabelle geht hervor, dass ARA und STC der überwältigenden Mehrheit der hungernden Bevölkerung des Gebiets halfen. Wie groß der Umfang der aus dem Ausland eingehenden Lebensmittelmengen war, lässt sich Tabelle 5 entnehmen.

Aus der Tabelle geht deutlich hervor, dass der Umfang der ausländischen Hilfsleistungen doppelt so groß war wie die Gesamtmenge der aus dem Land selbst in das Gebiet gelieferten Lebensmittel. Was wiederum die rein staatliche Hilfe betrifft, war diese deutlich niedriger als die von den ausländischen Hilfsorganisationen geleistete Hilfe.<sup>115</sup>

113 Vgl. German, Nemeckaja avtonomija na Volge (wie Anm. 3), S. 129.

114 GANISO, f. 1, op. 1, d. 199, l. 13-13ob.

115 Im heutigen Saratover Wolgagebiet vertreten einzelne Historiker die Ansicht, dass die ausländi-



Tab. 5: Im Gebiet der Wolgadeutschen für die Hungernden eingehende Lebensmittelhilfe (Stand: 1. Oktober 1922) in Pud<sup>116</sup>

Hilfskanal	Lebensmittel (in Tonnen)
Staatliche Lieferungen (ohne Berücksichtigung von Saatgetreide)	3 076,0
Spenden	6 511,2
Warenaustausch-Operationen	3 476,3
Gesamtmenge der heimischen Lebensmittelhilfe	13 063,5
Hilfe ausländischer Organisationen	25 585,8

Die von den bolschewistischen Machthabern gegenüber den deutschen Bauern in den Jahren 1918–1922 verfolgte Politik und die *de facto* von den Machthabern selbst organisierte Hungersnot führten zur völligen Zerrüttung der Wirtschaft und insbesondere des Agrarsektors des Deutschen Gebiets und warfen diese um viele Jahre zurück. Es reicht darauf hinzuweisen, dass der Umfang der Saatfläche im Vergleich zu 1914 um das 3,5-fache zurückging, der Viehbestand um das 5,5-fache und das Bruttoagrарprodukt um das 6,5-fache.<sup>117</sup>

Erst die allmähliche Umsetzung der Prinzipien der Neuen Ökonomischen Politik, die mit einer Abkehr von der streng zentralistischen Führung, der Gewährung größerer ökonomischer Freiheit, der Entwicklung des privaten Kleinbesitzes und unterschiedlichen Formen von Kooperativen einherging, erlaubte den deutschen Bauern von Herbst 1922 an, auf den Trümmern ihrer Wirtschaften einen bescheidenen, kaum merklichen Aufschwung einzuleiten.

## 7. Zusammenfassung

Die von den Bolschewiki gegenüber den deutschen Bauern des Wolgagebiets verfolgte Politik war durch zwei diametral entgegengesetzte Aspekte geprägt. Einerseits gewährten die

schen Hilfsorganisationen eine so große Hilfe nur den Deutschen hätten zukommen lassen und die russische und sonstige Bevölkerung ihrem Schicksal überlassen hätten. Dazu ist anzumerken, dass eine solche Einschätzung entweder auf Unwissenheit beruht oder unlautere Absichten verfolgt. Die Forschungsarbeit der letzten Jahre zeigt, dass die Hilfsorganisationen keinen Unterschied zwischen den Angehörigen verschiedener Nationalitäten machten. So leistete die Mission Nansens im April 1922 im Bezirk Atkarsk (Gouvernement Saratov) 83 Prozent aller hungernden Kinder Hilfe. Im gleichen Monat versorgten im gesamten Gouvernement Saratov 1 510 von ausländischen Hilfsorganisationen betriebene und nur 310 sowjetische Essensausgaben die Hungernden. Im Mai 1922 standen 1 542 ausländischen Suppenküchen sogar nur 22 sowjetische gegenüber. Zur Hilfstätigkeit der ausländischen Hilfsorganisationen im Saratover Wolgagebiet siehe ausführlicher: Arkadij A. German, Oksana I. Pomogalova: *Kak nam pomogali vyžit': Pomošč' inostrannyx blagotvoritel'nyx organizacij golodajuščim Povolž'ja. 1921–1923 gg.* [Wie uns zu überleben geholfen wurde: Die Hilfe ausländischer Hilfsorganisationen für die Hungernden des Wolgagebiets. 1921–1923], Moskva 2015.

116 Ebenda, d. 185, l. 80, 81; d. 199, l. 14ob. [Berechnung des Gewichts von Pfund in Tonnen durch den Autor].

117 Vgl. German, Nemeckaja avtonomija na Volge (wie Anm. 3), S. 153.

Bolschewiki den Deutschen auf Grundlage der Deklaration der Rechte der Völker Russlands eine territoriale Autonomie und verkündeten deren Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung „auf sowjetischer Grundlage“. Andererseits erwies sich diese Autonomie in den Jahren des „Kriegskommunismus“ und des Bürgerkriegs in der Praxis als reine Fiktion, da das gesamte Leben in den deutschen Dörfern durch Dekrete, Befehle und Direktiven aus dem Zentrum bestimmt wurde und die deutschen Bauern in vollem Umfang alle Unbill des „Kriegskommunismus“ zu erleiden hatten.

Das Gebiet der Wolgadeutschen gehörte zu den wenigen „Kornkammern“ des Landes, die im gesamten Verlauf des Bürgerkriegs unter bolschewistischer Kontrolle standen. Deshalb hatte es zusammen mit den Gouvernements Saratow und Tambov sowie einigen anderen Gouvernements die gesamte Last der fast vier Jahre währenden Ablieferungspflicht für Lebensmittel zu tragen. Ausgehend vom „Klassenansatz“ und gestützt auf das Stereotyp des reichen „kulakischen“ deutschen Bauern erhöhte die bolschewistische Zentralmacht immer weiter die Abgabennormen für Lebensmittel und setzte diese unter Anwendung von Repressionen und Terror durch, was die deutschen Bauern sehr schnell in den Ruin trieb und noch schneller verarmen ließ als ihre in den russischen oder andersnationalen Dörfern lebenden Nachbarn.

Die spezifische Mentalität der deutschen Bauernschaft, die nur überaus wenige Berührungspunkte zur bolschewistischen Ideologie aufwies, fand zu dieser Zeit Ausdruck in einer geringen Akzeptanz der bolschewistischen Ideen, in einem schwierigen Anpassungsprozess an das neue Regime, im Unwillen, für unverständliche Ideen des „Glücks für alle“ zu kämpfen, sowie im Widerstand gegen alle Versuche, die eigene traditionelle Lebensweise zu zerstören. Der durch die Gründung eines eigenen Autonomen Gebiets geweckte Optimismus währte nicht lange und wurde durch Gleichgültigkeit oder gar Versuche verdrängt, die eigenen Dörfer aus der Autonomie zu lösen, die der Hoffnung entsprangen, den von staatlicher Seite ausgeübten Terror auf diese Weise abschwächen zu können.

Eine logische Konsequenz der Politik des „Kriegskommunismus“ waren überall in der Wolgaregion und insbesondere im Gebiet der Wolgadeutschen massenhafte gegen die bolschewistische Macht gerichtete Bauernaufstände und Hunger, die ein solches Ausmaß annahmen, dass sich die Bolschewiki zu einer Abkehr vom „Kriegskommunismus“ gezwungen sahen und die „Neue Ökonomische Politik“ einleiteten.

Aus dem Russischen übersetzt von Lars Nehrhoff, Köln

### *Summary*

The region of the Volga Germans was one of the few „granaries“ of the country which was under Bolshevik control during the entire civil war. Together with the governorates of Saratow and Tambov and some other governorates it had hence to bear the full burden of the obligation to deliver all its food for almost four years. Based on the concept of „social class“ and supported by the stereotype of the affluent „kulak“ German farmer the Bolshevik central power continually increased the delivery standards for food and enforced these standards by means of repression and terror. This strategy drove the German farmers very quickly to ruin and impoverished them even more rapidly than their neighbours living in Russian villages or in settlements with other nationalities. Large-scale peasant revolts against the Bolshevik

dominance and hunger everywhere in the Volga region and in particular in the territory of the Volga Germans were a logical consequence of the policy of „war communism“. Their extent became so severe that the Bolsheviks saw themselves forced to renounce their policy of „war communism“ and they introduced the „New Economic Policy“.